

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.)

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

(Telephon Nr. 926.)

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1,50. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4089 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühren betragen für die viergespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Zusätze für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 135.

Freitag, den 13. Juni 1902.

9. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Deutscher Reichstag.

(Originalbericht des „Lübecker Volksbote“.)

Berlin, den 11. Juni 1902.

Der Reichstag ist am Mittwoch in die Ferien gegangen. Die Sommervertretung reicht bis zum 14. Oktober. Man rechnet darauf, daß in den 4 Monaten ohne Plenarsitzung die Zolltarifkommission den Stein des Sisyphus auf den Berg hinaufgerollt haben wird. Die letzte Sitzung vor der Vertagung — eigentlich waren es zwei, die durch eine Pause von einer Stunde von einander getrennt waren — gestaltete sich zu einer der interessantesten der Session. Der ganze Vormittag gehörte der zweiten Lesung des Süßstoffgesetzes. Die ungewohnt frühe Stunde mußte das Haus von vornherein in eine sehr vergnügte Stimmung versetzt haben, denn die einzelnen Reden wackeln, auch wenn sie durchaus ernst gemeint waren, stürmische Heiterkeit. Besonders erfolgreich war der freisinnige Abgeordnete Hermes in dieser Beziehung, als er in etwas verstiegenem Pathos von Hirschschlächtern, Berggewaltigen und Brutalitäten der Saccharin-Industrie sprach. Den Standpunkt unserer Partei vertrat Genosse Edmund Fischer, der in der agrarischen Gewaltthat, der Monopolisierung der Saccharin-Industrie den besten Beweis für den Einfluß einer kleinen Zahl von Großgrundbesitzern auf unsere Gesetzgebung sah. Das Gesetz selbst wurde in namentlicher Abstimmung über den entscheidenden Paragraphen mit 193 gegen 115 Stimmen angenommen. Mit der Linken stimmten etwa 10 Nationalliberale und 3 Zentrumsabgeordnete. Die Entschädigungsfrage, zu der noch Genosse Ledebour das Wort nahm, wurde in der Weise geregelt, daß auf Antrag Samp für die Berechnung eine Gewinnhöhe von 4 Mark per Hg. für die Industriellen ausgesetzt wurde.

In der zweiten Sitzung am Nachmittag waren die dritte Lesung des Zuckersteuergesetzes, des Süßstoffgesetzes, der Konvention und die Gesamtstimmung über die Branntweinsteuernovelle vorzunehmen. Alle Welt erwartete, daß die Tagesordnung in einer knappen Stunde erledigt werden würde. Doch es kam anders. Es hatte sich soviel Explosionsstoff angesammelt, daß es noch heftige Zusammenstöße gab. Zuerst wurde ein kleines Duell zwischen Singer und Richter ausgefochten. Richter suchte durch heftige Angriffe auf die Sozialdemokratie, die Abstimmung seiner Partei über die Zuckersteuer zu verschleiern. Dem Betreiben der Freisinnigen ist es bekanntlich zuzuschreiben, daß die Verbrauchsabgabe auf Zucker, entgegen den niedrigeren Kommissionsbeschlüssen auf 14 Mk. festgesetzt wurde. Singer blieb Herrn Richter die Antwort nicht schuldig und erinnerte ihn beißend daran, daß seine Partei ihre Sitze im Hause zum großen Theile der Stichwahlhilfe der Sozialdemokratie verdanke.

An dieses Duell, das der Rechten großes Vergnügen bereitete, schloß sich die Abstimmung über die Zuckersteuer. Die Verbrauchsabgabe wurde in Höhe von 14 Mk. bestätigt, das Gesetz selbst fast einstimmig angenommen.

Bei der Beratung der Brüsseler Konvention machten die Agrarier den Versuch, in einem Amendement der Regierung die Hände zu fesseln und die Kündigung und Verlängerung der Brüsseler Konvention vom Willen des Reichstags abhängig zu machen, ein Vorschlag gegen den von sozialdemokratischer Seite nichts einzuwenden ist. Präsident Graf Ballestrem erklärte aber von vornherein, daß er es für geschäftsordnungsmäßig unzulässig halte, Vorlagen der Regierung anders als mit ja und nein und etwa so zu erledigen, daß an das Ja bestimmte Bedingungen geknüpft werden. Wenn die Wirkung dieser Erklärung auch durch den nachträglichen Kotau vor den Agrariern vom Grafen Posadowsky abgeschwächt wurde, so veranlaßte sie doch die Antragsteller, ihren Antrag schleunigst zurückzuziehen. Genosse Singer hielt dem Grafen Posadowsky das Verhalten seines Thuns energisch vor.

Bei dieser Gelegenheit kam es noch zu einem Zusammenstoß zwischen dem Grafen Bülow und dem Fürsten Herbert Bismarck. Die beiden Herren scheinen sich nicht sehr zu lieben. Sie sagten sich allerhand Unangenehmes in der höflichsten Form. Das Haus genöß diese Auseinandersetzung mit unverbesserlichem Vergnügen.

Die Abstimmung über die Brüsseler Konvention ergab ihre Annahme mit der großen Majorität von 209 gegen 103 Stimmen. Das Ergebnis wurde von der Linken mit lautem Beifall aufgenommen. Nachdem noch die Branntweinsteuernovelle in der Gesamtstimmung angenommen worden war, stand das Haus vor den üblichen Schluß- und Dankesworten. Es folgt das Hoch auf den Kaiser. Unsere Genossen hatten schon vorher den Sitzungssaal verlassen.

191. Sitzung: Vormittags 9 Uhr.

Am Bundesratsstisch: Reichskanzler Graf Bismarck, Graf

Posadowsky, Frhr. v. Thielmann, Frhr. v. Richter, v. Podbielski.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Entwurfs eines Süßstoffgesetzes.

Die Regierungsvorlage wollte das Saccharin mit einer Verbrauchsabgabe von 80 Mark für ein Kilogramm belegen; die XV. Kommission, an die das Gesetz zunächst verwiesen war, setzte den Steuerfuß auf 60 Mark fest. Darauf wurde das Gesetz vom Plenum der Bundesversammlung überwiesen, die einen neuen Gesetzentwurf ausgearbeitet hat, wonach ein Verbot der Herstellung von künstlichem Süßstoff außer in staatlich konzessionierten Betrieben, der Apothekenzwang für den Verkauf von Süßstoff und die Bestrafung schon des bloßen Besizes von mehr als 50 Gramm Saccharin festgesetzt wird.

§ 1, der die Definition des künstlichen Süßstoffes enthält, wird debattelos angenommen.

§ 2 bestimmt in der Fassung der Bundeskommission, daß es, abgesehen von gewissen Ausnahmen (§§ 3—5) verboten ist, a) Süßstoff herzustellen oder Nahrungs- oder Genussmittel bei deren gewerblichen Herstellung zuzusetzen; b) Süßstoff oder süßstoffhaltige Nahrungs- oder Genussmittel aus dem Auslande einzuführen; c) Süßstoff oder süßstoffhaltige Nahrungs- oder Genussmittel feilzuhalten oder zu verkaufen.

Dr. Hermes (Fp.): Durch diese Bestimmungen soll eine blühende Industrie hingebracht werden. Die Beschlüsse bedeuten die Vergewaltigung einer entwicklungsgefährlichen Industrie, eine Brutalisierung der Minorität durch die Majorität.

Präsident Graf Ballestrem: Herr Abgeordneter, Sie meinen doch nicht die Majorität dieses Hauses? Diese dürfen Sie nicht der Brutalität zeihen. (Große Heiterkeit.) Wenn Sie aber irgend eine allgemeine Majorität meinen, so wäre es etwas anderes. (Erneute Heiterkeit.)

Dr. Hermes (fortfahrend): Diese Beschlüsse einer agrarischen Mehrheit atmen den Geist des Mittelalters, sie erinnern an das Schicksal eines Danziger Erfinders, der wegen Erfindung einer neuen Drehmaschine sogar erhängt wurde. (Stürm. Gelächter rechts.) Die agrarische Partei vertritt nur die Interessen von 25 000 Großgrundbesitzern; in der Wirklichkeit ist der kleine Bauer mit seinem Schicksal zufrieden. (Großer Lärm rechts.) Die Regierung ist mitschuldig an dieser Interessenwirthschaft! Womit hat die Saccharin-Industrie dies Todesurtheil, das heute gefällt ist, verdient? (Lärm rechts.) Das einzige Verbrechen des Saccharins ist, daß es 550 mal süßer ist, wie Zucker. Diese That, die Sie heute begehen, spricht Bände. Ist es schon Unfsun, so hat es doch Methode. (Lachen rechts.) Die der Vernichtung geweihte Saccharin-Industrie kann heute mit den Worten Talbots ausrufen: „Unfsun, du siehst, und ich muß untergehen!“ (Beif. links, stürm. Gelächter rechts.)

Präsident Graf Ballestrem theilt mit, daß eine Vorlage auf Vertagung des Reichstages bis zum 14. Oktober eingegangen ist.

Graf Carmer (R): Der Herr Vorredner vertritt gerade zum größten Theil Mißbehagen und ich hoffe, daß diese ihm bei der nächsten Wahl die gebührende Antwort auf die Rede ertheilen werden. Wir werden das Gesetz in der Kommissionsfassung annehmen. Wie kann man von einem Todtschlag der Industrie sprechen, wenn die Fabriken, Arbeiter und Beamten entschädigt werden? (Sehr richtig! rechts.)

Fischer-Sachsen (SD): Der Herr Vorredner hat sich so kurz gefaßt, weil er für das Saccharinverbot keinen anderen Grund wußte, als daß es den Agrariern un bequem ist. Dieses Verbot bedeutet aber einen agrarischen Gewaltakt, wie er bisher noch nicht dagewesen ist. Daß das Saccharin den Zucker niemals verdrängen könnte, ist ausgeschlossen. Wenn der Zuckerkonsum nicht höher steigen ist, so lag das nicht am Saccharin, sondern an den hohen Zuckerpreisen. Das Saccharin war bisher eine Wohlthat für die Armen der Armen, die den Zucker nicht bezahlen können. Gerade das Saccharin könnte zu einer Erhöhung des Zuckerkonsums führen, da es an den Geruchs süßer Speisen gewöhnt und in besseren Zeiten dazu zum Genuß von Zucker führt. Den Schuß, den Sie hier den Armen gewähren wollen, geben Sie ihnen lieber beim Zolltarif und machen Sie ihnen nicht den Genuß von Obst durch hohe Zölle unmöglich. Wir werden die Annahme dieses Gesetzes ja nicht verhindern können, aber wir werden das Volk darüber aufklären, wie der Reichstag unter dem Einfluß einer kleinen Zahl von Großproduzenten Gesetze macht, die den größten Theil der Bevölkerung schwer schädigen. (Beifall b. d. Soz.)

Weder (Z): Meine politischen Freunde werden für den Kommissionsbeschuß eintreten. Im Jahre 1898 hat der Abg. Warm den entgegengelegten Standpunkt, wie heute sein Fraktionsgenosse Fischer, vertreten. Die Fabrikanten selbst wünschen ja die Annahme der Kommissionsanträge! Der Reichstag kann diesen Beschlüssen, gegen deren Annahme auch die verbündeten Regierungen nichts einzuwenden haben, unbedenklich zustimmen.

Pachnicke (Fp): Als Abg. Rösche-Kaiserblauten vor Jahresfrist den Vorschlag machte, den Apothekenzwang für Saccharin einzuführen, mußte er diesen Antrag als ausichtslos zurückziehen; und heute ist derselbe Antrag nahe daran, eine Mehrheit im Reichstag zu finden! Die Regierung stimmt heute der Vernichtung der Saccharinindustrie zu, ohne dafür auch nur einen Grund anzuführen zu können. Gerade die Verbilligung des Zuckers schwächt doch von selbst die Konkurrenz des Saccharins. Es bleibt nur die Annahme übrig, daß das Saccharingesetz der Preis ist, den die Agrarier für die Brüsseler Konvention gefordert haben. Die Regierung trifft die Hauptmaßnahme an diesem Gesetz, denn sie hätte die Annahme dieses Gesetzes im Reichstag verhindern können. Es ist bedauerlich, daß sich die Regierung unter der Führung des Grafen Bülow auf eine abschüssige Bahn hat leiten lassen. (Beifall links.)

Dr. Gasse (R): Ich werde mit einer Anzahl meiner Freunde gegen diesen Paragraphen und falls er angenommen wird, gegen das ganze Gesetz stimmen. Wir sind nicht in der Lage, einen Stoff einfach zu verbieten, dessen Gesundheitschädlichkeit nicht nachgewiesen ist.

Samp (Fp): Ich bitte um Annahme der Kommissions-

beschlüsse, die den Apothekern noch den Vortheil gewähren, daß sie Saccharin steuerfrei erhalten.

Sped (Z): Ich bin mit einem Theil meiner Freunde nicht in der Lage, den Kommissionsbeschlüssen zuzustimmen. Ich halte mich nicht für berechtigt, eine Industrie auf diese Weise zu vernichten. Ueber die Stellung der Sozialdemokraten habe ich mich gewundert; der Gedanke einer Regulierung der Saccharinproduktion entspricht doch gerade ihrem Ideal. (Singer ruft: Aber zu anderen Zwecken!) Daß der ganze Saccharinkonsum durch Zuckerkonsum ersetzt werden könnte, ist ausgeschlossen. Daß die Saccharinfabrikanten jetzt mit der Abblaufung einverstanden sind, wundert mich nicht, da sie bei der geplanten hohen Steuer doch ohnedies zurückgegangen wären. Ich bitte Sie dringend, den Kommissionsbeschuß abzulehnen.

Hoffmann-Hall (lib. Sp.): Hoffentlich wird der Kommissionsbeschuß ebenso zu Fall kommen, wie gestern die Kontingenzierung. Man spricht vom Interesse der Landwirtschaft. Für unsere kleinen Bauern in Süddeutschland trifft das durchaus nicht zu. Gestern haben ihnen die Beschlüsse des Plenums wenig gefallen, heute werden sie ihnen noch weniger gefallen. Herr Paasche flüstert mir freudlich zu: Hoffen Sie doch die Saccharinfabriken in Ruhe, wir wollen nach Hanse fahren! (Gr. Heiterkeit.) Ich bitte Sie, die ganze Kommissionsvorlage abzulehnen.

Dr. Paasche (R): [mit großer Heiterkeit empfangen]: Eine große Zahl meiner Freunde wird mit mir für das Gesetz stimmen. Der Kommissionsbeschuß liegt im besten Interesse der Kaufleute. Wir halten es für richtiger, daß der Saccharin-Industrie nicht erst allmählich durch Steuern das Lebenslicht ausgeblasen wird, sondern daß man ihr auf einmal gegen eine anständige Entschädigung ein Ende macht. (Beifall b. d. Natl.)

Damit schließt die Diskussion.

§ 2 wird in namentlicher Abstimmung mit 193 gegen 115 Stimmen angenommen. Dafür stimmen die Konservativen, die Reichspartei, der überwiegende Theil des Zentrums, die Polen, Welfen und Antisemiten und der größte Theil der Nationalliberalen; dagegen die Sozialdemokraten, die freisinnigen Parteien, ein Theil des Zentrums (so die Abgg. Wellstein, Dr. Rintelen und Sped) und eine Minorität der Nationalliberalen (Abgg. Baffermann, Deppen, Dr. Endemann, Dr. Gsche, Dr. Gasse, Dr. Semler, Bising und Prinz Schönaich-Carolath.) Mit der Majorität des Zentrums stimmte Abgeordneter Dr. Heim für den § 2.

§§ 3—10 werden ohne Debatte angenommen.

§ 11 regelt die Entschädigung für die außer Betrieb gebliebenen Saccharinfabriken. Nach der Kommissionsfassung soll den Inhabern von Süßstoffabriken, die als solche bereits vor dem 1. Januar 1900 betrieben worden sind und die Herstellung von Süßstoffen auch in der Zeit vom 1. April 1901 bis 1. April 1902 fortgesetzt haben, eine Entschädigung gewährt werden, deren Betrag für jede einzelne Fabrik unter Ausschluß des Rechtsweges festgesetzt wird. Die Entschädigung soll das Sechsfache des jährlichen Reingewinnes nicht übersteigen. Wird der Inhaber einer bestehenden Süßstofffabrik auch weiterhin zur Herstellung von Süßstoff ermächtigt, so kann ihm der Bundesrath eine einmalige Abfindung gewähren. Die Inhaber der Fabriken sind verpflichtet, von der ihnen gewährten Entschädigung ihren Beamten und Arbeitern, die infolge des Verbots aus ihrer Beschäftigung entlassen werden, eine Entschädigung zu gewähren. Bei etwaigen Meinungsverschiedenheiten darüber, ob die Entlassung als eine Folge dieses Gesetzes anzusehen ist, entscheidet die für Lohnstreitigkeiten zuständige Schiedsinstanz.

Gothein (Fp.) und Dr. Müller-Sagan (Fp.) beantragen, daß die Entschädigung bis zum Achtfachen des jährlichen Reingewinnes betragen solle.

Dr. Müller-Sagan (Fp.) beantragt weiter, die Entschädigung auch den Inhabern von Süßstofftablettens-Fabriken zu gewähren.

Gothein (Fp.) stellt den Antrag, auch den Inhabern kanjmannischer Geschäfte, die mindestens den vierten Theil ihres Geschäftsgewinnes aus dem Vertrieb künstlicher Süßstoffe erzielt haben, eine Entschädigung zu gewähren, die das Dreifache des aus diesem Geschäftszweige erzielten Jahresgewinnes betragen soll.

Samp (Fp.), Dr. Paasche (R.), Graf v. Carmer (R.) und Müller-Falbe (Z.) beantragen eine andere Fassung der Bestimmungen über die Entschädigung, die sich jedoch im Wesentlichen mit den Kommissionsvorschlägen deckt. Danach soll die Entschädigung das Sechsfache eines Jahresgewinnes nach dem Durchschnitt der Jahre 1898—1901 betragen unter Annahme der Gewinnhöhe von 4 Mark für jedes Kilogramm chemisch reinen Süßstoffes.

Dr. Müller-Sagan (Fp.) begründet seinen Antrag. Es sei um eine Förderung der Gerechtigkeit, daß man die Süßstofffabriken entschädige.

Reichstagssekretär Frhr. v. Thielmann wendet sich gegen die Anträge Müller-Sagan und Gothein.

Samp (Fp.): Mit dem Grundgedanken der Kommission sind wir einverstanden; wir wollen nur den Begriff des Reingewinnes, der sehr schwer zu definieren ist, festlegen.

Gothein (Fp.) bittet, seinem Antrag zuzustimmen. Es ist mir versichert worden, daß ein Kaufmann aus dem Vertrieb von Süßstoffen jährlich einen Reingewinn von 60 000 Mark gehabt hat. Solche Kaufleute nicht zu entschädigen, wäre sehr ungerecht.

Müller-Falbe (Z.) bittet um Ablehnung der Anträge Müller-Sagan und Gothein und um Annahme des Antrages Samp.

Ledebour (SD): Es ist von der Mehrheit sehr unangenehm, daß sie für einen nach ihrer Meinung gesundheitschädlichen Stoff eine Entschädigung gewähren will. Wenn aber einmal eine Entschädigung gewährt wird, dann sollten sie die Zuckerfabrikanten zahlen. Wir sind deshalb prinzipiell gegen jede Entschädigung, wenn aber eine solche beschlossen wird, so sollen nicht nur die Fabrikanten, sondern auch die Arbeiter daran theil haben.

Damit schließt die Diskussion.
Der Antrag Camp wird mit großer Mehrheit angenommen und mit diesen Änderungen § 11 in der Kommissionsfassung.
Auf Antrag Camp (N) wird weiter ohne Debatte als § 12 folgende Bestimmung neu aufgenommen:
Der Reichskanzler ist befugt, von dem Tage der Publikation dieses Gesetzes ab den einzelnen Fabriken den von ihnen herzustellenden Höchstbetrag von Süßstoff vorzuschreiben.
Eine Reihe weiterer Paragrafen wird debattelos erledigt.
Nach § 27 soll das Gesetz am 1. April 1908 in Kraft treten.
Ein Antrag G o t h e i n, diesen Termin bis zum 1. September 1908 (dem Termin des Inkrafttretens des Zuckersteuergesetzes) hinauszuschieben, wird debattelos abgelehnt, § 27 und der Rest des Gesetzes unverändert angenommen.
Damit ist die Tagesordnung erledigt.
Präsident Graf Ballestrin beraumt die nächste Sitzung auf Mittwoch 3 Uhr mit der Tagesordnung:
1. Antrag wegen Vertagung des Reichstags.
2. Dritte Lesung des Zuckersteuergesetzes.
3. Dritte Lesung des Süßstoffgesetzes.
4. Dritte Lesung der Brüsseler Konvention.
5. Gesamtabstimmung über die Branntweinsteuernovelle.
Schluß 2 Uhr.

192. Sitzung. Nachmittags 3 Uhr.
Am Bundesratsitz: Reichskanzler Graf Bülow, Graf Posadowsky, Frhr. von Thielmann, v. Pobjielski, Frhr. von Rheinbaben.
Zunächst wird in einmütiger Beratung der Gesetzentwurf betreffend Vertagung des Reichstages bis zum 14. Oktober 1908 ohne Debatte einstimmig angenommen.
Es folgt sodann die dritte Lesung des Zuckersteuergesetzes.
Art. 1 betr. die Aufhebung der Kontingenzierung wird ohne Debatte angenommen.
Art. 2: Zuckersteuer. In der zweiten Lesung war dieselbe auf 14 Mark festgesetzt.
Graf Bernstorff-Neuzen (Welfe) beantragt, einen in der zweiten Lesung abgelehnten Antrag Camp jetzt anzunehmen. Der Antrag Camp lautet: Erreichen die Reichseinnahmen aus der Zuckersteuer einen Betrag, welcher die Summe von 210 Mark auf den Kopf der Bevölkerung übersteigt, so ist der Ueberschuß anzuhäufeln, und es ist, sobald der angehäufelte Betrag 10 Millionen Mark übersteigt, im Wege der Reichsgesetzgebung zum Zweck der Herabsetzung der Verbrauchsabgabe darüber zu verfügen.
Graf Bernstorff-Neuzen (Welfe) bittet um Annahme dieses Antrages. Die Regierung habe in der Kommission durchblicken lassen, daß sie für einen solchen Antrag insofern zu haben sein wird.

Reichskanzler Freiherr von Thielmann: Das habe ich allerdings durchblicken lassen, aber nur insofern, als es sich darum handelte, weit weniger Anträge bei Seite zu schieben. Die Fassung der zweiten Lesung wäre für die verbündeten Regierungen weit vorzuziehen.
Richter (Fp.): Für den vorliegenden Antrag könnte ich nur Stimmen, wenn die Worte „im Wege der Reichsgesetzgebung“ daraus gestrichen würden; dann würde sich die Sache automatisch regeln. Wir haben für eine Steuer von 14 Mk. gestimmt, weil wir die Gesamtverhältnisse berücksichtigen. Darin liegt der große praktische Unterschied zwischen uns und der Sozialdemokratie. Diese stimmt für Aufhebung der Zuckersteuer, ohne die Kontingenz zu bedenken. Durch ihre Taktik vertritt sie, schlechtere Steuern zu bekommen, als die sie ermöglichen will. (Sehr richtig bei den Freij.) Wir sind für diese Steuer nicht aus Liebdeinerlei gegen die Regierung, sondern um die Opposition gegen neue Steuern von vornherein zu stärken. (Bredou b. d. Freij.)
Frhr. v. Rheinbaben bittet, es bei den Beschlüssen der 2. Lesung, der halben Steuer von 14 Mk. zu belassen.
Richter stellt formell zu dem Antrag Bernstorff-Neuzen (Welfe) den Antrag: die Worte „im Wege der Reichsgesetzgebung“ zu streichen.
Singer (Ed.) Wir sind für alle Schritte zu haben, um die Zuckersteuer nach Möglichkeit zu erniedrigen und erachten allerdings den Antrag Bernstorff für einen solchen. Ueber das Amendement Richter aber habe ich mich gewundert. Herr Richter, der doch sonst ein Vorkämpfer für das Budgetrecht des Reichstages ist, will hier die Mitwirkung des Reichstages vollständig ausschalten. Die heutige Rede des Herrn Richter scheint nur eine Entschuldigung für die Ablehnung seiner Partei nach außen zu sein. Herr Richter mißbilligt die Zuckersteuer, hebt sie aber nicht auf, weil er fürchtet, daß dann die Regierung mit anderen neuen Steuern kommt. Wer zwingt denn die Herrn von der freisinnigen Volkspartei einer solchen Regierungsanleihe zuzustimmen? Darf man irgendwelche Forderungen deshalb verlängern, weil man sich zufällig in der Minorität befindet? Für ein solches Vorgehen wird das Volk drängen kein Verständnis haben! Herr Richter scheint sich ja als mehr verantwortlich für die Reichstage zu fühlen, als die verantwortlichen Minister selber! Was wären die ichönen Reden des Herrn Richter gegen die Militär-, Marine- und Kolonialpolitik, wenn er hier die drückendsten Steuern zu konvertieren sucht. Die Verantwortung dafür, daß wir jetzt statt einer Steuer von 12 bzw. 10 Mk., eine solche von 14 Mk. haben, trifft einzig und allein die freisinnige Volkspartei! (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Frhr. v. Rheinbaben: Ich bitte Sie, den Antrag Bernstorff und das Amendement Richter abzulehnen. Ich habe eine Reihe von Entgegnungen aus Bundesratskreisen erhalten, in denen dringend gebeten wird, in Bezug auf die Verbrauchsabgabe stabile Verhältnisse zu schaffen. Andernfalls müßte der ganze Absatz in Steden geraten.
Dr. Barth (Fp.) Es ist ganz klar, daß noch viel drückendere Steuern kommen werden, wenn die Verbrauchsabgabe fällt. Dieser halten wir den Weg des Abg. Singer für sehr thöricht. Der Antrag Richter ist ohne das Amendement Richter inhaltslos und mit noch mehr unbedenklich.
Dr. Spahn (F) erklärt, daß seine Partei an den Beschlüssen der 2. Lesung festhalten wird.
Richter (Fp.) Wenn es nach der Sozialdemokratie gegangen wäre, so hätte man jetzt als Ergebnis ihrer weisen Finanzpolitik eine Steuer von 16 Mk. Wir haben gegen das Budgetgesetz und gegen viele andere Forderungen der Regierung gestimmt, haben uns aber für verpflichtet, nachdem einmal etwas Gesetz geworden ist, für die Aufhebung eines bestehenden Gesetzes ebenso zu wirken, als wenn wir selbst dafür gestimmt hätten. Das ist aber der Unterschied zwischen uns und den Sozialdemokraten. (Abg. Singer rief: Sehr richtig!) Ich (zu den Sozialdemokraten) will, die zur Ablehnung der Konvention geführt hat, bezeugen Sie nicht nur die Geschäftigkeit des Bundes der Landwirte. (Lachen b. d. Soz.) Ich halte es für richtig, die Dinge im Zusammenhang zu betrachten und nicht eine Steuer anzuhängen, von der man nicht weiß, ob nicht eine schlimmere nachkommt. (Lebh. Beifall b. d. Soz.)

Singer (Ed.) Wenn es Herr Richter solche Ermächtigung gewährt, hingegen nur zu jeder Zeit zu sagen, so kann er auch dafür sorgen, dass wir haben die Möglichkeit gegeben, hier zu entscheiden.
Frhr. v. Rheinbaben: Ich bitte Sie gebieterisch zu bedenken, daß Sie nicht wissen, was das ist, was Herr Richter will. (Sehr richtig.)
Singer (fortfahrend): Die Sozialdemokraten, die sich Herr Richter nicht gegenüber angeordnet hat —
Präsident Graf Ballestrin: Herr Abgeordneter, das Wort

Schulmeister in diesem Sinne — sonst bedeutet es etwas sehr eheliches (Große Heiterkeit) — einem Kollegen gegenüber ist nicht zulässig.
Singer (fortfahrend): Ich habe keine Lust, Herr Richter in den Ausföhrungen zu folgen, die er von uns gebraucht hat. Seine ganze Selbstlosigkeit gehört dazu, um denjenigen, die gegen seinen Willen nach seiner Meinung höchst volksfeindliche Gesetze machen, die Dichtung dafür auf dem Präsentierteller entgegenzubringen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Diele Politik aber müssen wir nicht mit! Herr Richter sagt, er könne nur Anträge stellen, für die er eine Majorität findet. Die meisten Anträge aber, die er gestellt hat — und ich rechne ihm das zur Ehre an — haben eine Majorität nicht gefunden. Herr Richter meinte, wenn der Antrag auf 14 Mark abgelehnt wäre, wäre es bei 16 Mark geblieben. Wir waren aber so sicher, daß, wenn schon die freisinnige Volkspartei der Regierung eine Steuer von 14 Mk. anbot, sicher eine Mehrheit dahinterstand, daß wir ruhig für Aufhebung der Steuer resp. für eine niedrigere Steuer stimmen konnten. Würden wir eine Forderungspolitik treiben, so könnte die heutige Rede für den Abg. Richter bei der nächsten Wahl üble Folgen haben; aber haben sie keine Angst, wir sind gewohnt, bei den Wahlen immer das Kleinere lieber zu wählen und wohnen lieber den Abg. Richter, als die Agrarier wählen. (Gr. Heiterkeit.) Die Taktik des Herrn Richter wird nur beeinflusst von der Rücksicht, wie sich das Zentrum bei den nächsten Wahlen gegen die Kandidaten der freisinnigen Volkspartei verhalten wird. Die Ausföhrungen des Herrn Richter haben keine Position nicht verbessert; wir aber sagen nur: wer zuletzt lacht, lacht am besten. (Beifall b. d. Soz.)

Richter (Fp.): Ich habe vorher nur so laut gesprochen, weil die Aufhebung der Zuckersteuer so groß war. (Lebh. Wohl. Rufe b. d. Soz.) Sie sehen ja, es geht schon wieder los. (Gr. Heiterkeit.) Wenn man hier das Majoritätsprinzip nicht achtet, dann löst sich das ganze Staatswesen in Anarchie auf. Wenn ich heute auf meine 30jährige Thätigkeit zurückblicke, so kann ich sagen: viel habe ich zwar nicht durchgeleitet, aber manches habe ich verhindert und es ist mir vielleicht gelungen, eine größere Belastung von den unteren Volksklassen abzuwenden, als der Sozialdemokratie. (Abg. v. Karboff rief: Zucker, Zucker! Heiterkeit.) Nachdem der Abg. Singer diese Dinge auf Tapet gebracht hat, muß ich doch das Recht haben, darauf zu erwidern.
Frhr. v. Rheinbaben: M. H. Ich will ja nicht behaupten, daß die Auseinandersetzungen zwischen den Abg. Singer und Richter der reine Zirkus sind. (Stürmische Heiterkeit.) Der Reichskanzler nicht dem Präsidenten lächelnd zu und klatscht leise in die Hände; ermutigt Heiterkeit.) Nachdem aber der Abg. Singer darauf eingegangen ist, kann ich Herrn Richter nicht hindern, darauf zu antworten. (Allgemeine Zustimmung.)

Richter (fortfahrend): Wir haben die meisten Stichwahlen anzuweisen, weil wir zwischen der äußersten Linken und der Rechten stehen. Wir danken aber Niemand für die Wahrheitsfindung, weil sie immer nur im Interesse der Partei geschieht, die uns bräut. Bezüglich meiner Wahl hat sich Herr Singer gründlich verhalten; ich bin in der Stichwahl gegen einen Sozialdemokraten gewählt worden. (Gr. Heiterkeit.)
Damit schließt die Diskussion.
Nach Ablehnung des Amendements Richter wird der Antrag Bernstorff abgelehnt.
Der Rest des Gesetzes wird debattelos erledigt und das Zuckersteuergesetz in der Gesamtabstimmung fast einstimmig angenommen.

Das Süßstoffgesetz wird debattelos in 3. Lesung und in der Gesamtabstimmung angenommen.
Es folgt die Beratung der Brüsseler Konvention.
Ein Antrag Herold (F), Graf Kanitz (K) und v. Karboff (Fp.) verlangt, daß die Kündigung des Vertrages für den 1. September 1908 und die späteren Jahre rechtzeitig zu erfolgen hat, falls der Reichstag die Zustimmung zu dieser Verlängerung nicht vorher erteilt hat.
Dazu liegt ein Amendement Singer-Varth vor, daß der Regierung auch die Möglichkeit nimmt, ohne Zustimmung des Reichstages die Konvention vorher zu kündigen.
Graf Kanitz (K) sucht nachzuweisen, daß der Strafzoll gegen Prämienzucker im Widerspruch zum russischen Handelsvertrag steht.
Direktor im Auswärtigen Amt v. Körner befreit die Möglichkeit dieser Ansprüchen.
Dr. Barth (Fp.): Rußland steht jetzt einer solchen Abhandlung der anderen Staaten in der Zuckerfrage gegenüber, daß es nichts thun kann. Eine Regierung, die etwas auf sich hält, kann den Antrag Herold nicht acceptieren. Dieser Antrag ist nicht einmal konsequent. Der Reichstag soll bei einer Verlängerung gefragt werden, von einer Kündigung steht aber im Antrage nichts. Dieser Antrag gegen die Autorität der Regierung geht von der Parteien aus, die immer den Spruch im Munde führen: „Autorität, nicht Majorität.“ (Beifall links.)

Frhr. v. Rheinbaben: Es giebt nur zwei Wege der Verhandlung von Vorlagen. Die Vorlagen können entweder angenommen oder abgelehnt werden. Es ist nach der Geschäftsordnung nicht zulässig, an die Annahme von Vorlagen Bedingungen, Erwägungen oder Voraussetzungen zu knüpfen. Derartige Anträge lasse ich nach der Geschäftsordnung nicht zur Abstimmung bringen. (Lebh. Zustimmung links, Lachen rechts.)
Reichskanzler Graf Bülow: Die verbündeten Regierungen müssen den Antrag Herold für unmöglich erklären. Wenn die verbündeten Regierungen dem in diesem Antrage enthaltenen Grundsatze zustimmen würden, so könnte die gleiche Forderung aus dem Reichstage heraus gegenüber allen künftigen internationalen Abkommen des Reiches erhoben werden. (Sehr richtig! links.) Wenn das hohe Haus einem Selbstvertrauen seine Zustimmung erteilt, so muß der Erwägung der verbündeten Regierungen überlassen bleiben, selbst der Zeitpunkt zu wählen, welcher geeignet ist, den bestehenden Zustand zu ändern und die durch den Vertrag für das Reich geschlossenen Verhältnisse auf eine neue Grundlage zu stellen. Selbstverständlich werden bei der Wahl des Kündigungszeitpunktes die Interessen der Landwirtschaft berücksichtigt werden. Den verbündeten Regierungen aber muß das Recht gewahrt bleiben, nach ihrem Ermessen auch die Kontinuität eines bestehenden Zustandes anstreben zu können. Die Annahme des Antrages Herold würde für die verbündeten Regierungen gleichbedeutend sein mit der Ablehnung der Konvention. (Größ. Beifall.)

Herold (F), zur Geschäftsordnung: Ob die Auffassung des Herrn Präsidenten im Ganzen allgemein geteilt wird, erhebt sich sehr zweifelhaft. Da aber diese Ansicht von autoritativer Seite ausgesprochen ist, und mit Rücksicht auf die Geschäftsordnung des Hauses, halte ich es für angebracht, den Antrag zurückzugeben. (Abstimmende Bewegung auf allen Seiten des Hauses.) Da wir uns nach die Stellungnahme des Reichskanzlers in die Zwangslage versetzt sind, so der Konvention entweder „Ja“ oder „Nein“ zu sagen, so kann ich erklären, daß ich jetzt ein größeres Verlangen gegen die Konvention ablehnender verhalten werde, als es jetzt wohl der Fall gewesen wäre. (Große Unruhe links.)

Staatssekretär Graf Posadowsky: Im Namen der verbündeten Regierungen erkläre ich, daß unter keinen Umständen eine Kündigung der Brüsseler Konvention erfolgen wird, als bis das Zuckersteuergesetz von den verbündeten Regierungen angenommen ist.
Dr. Koefide-Kaiserhauer (K. d. L.) stellt fest, daß in dem Kaiserlichen Protokoll sich die russischen Vertreter ausdrücklich vorbehalten haben, Prämienzucker aus fremden Kolonien anders zu behandeln wie anderen Zucker.
Direktor v. Körner befreit die Möglichkeit dieser Ansprüchen.

Singer (Ed.): Ich muß es als geradezu unerhört bezeichnen, daß nach der bestimmten Erklärung des Reichskanzlers, Graf Posadowsky die Majorität anlehnt, von ihrer Auffassung abzulenken. Es hätte nur noch gefehlt, daß Graf Posadowsky den Agrarier eine Ration angeboten hätte. Da darf sich die Regierung um wundern, wenn sie bei den Agrariern immer größeren Widerstand findet. Eine solche Nachgiebigkeit der Regierung, die sich Agrariern mit gebundenen Händen anstellt, muß doch den Widerstand der Junker immer mehr reizen! Wir haben ja gewiß geringsten Falls, die Regierung zu stärken, wir werden uns a das heutige Verhalten der Regierung merken und ihr bei anderen Gelegenheiten nachweisen, was ihre Nachgiebigkeit hier verschuldet hat. Für den Antrag Herold, der ja zurückgezogen ist, hätten wir uns die einseitige Motivierung der Antragsteller nicht zu machen. Sie rechnen sich nur ihren eigenen Nutzen heraus, wir vertreten den Nutzen der Gesamtheit. Die Kündigung wie die Verlängerung soll von dem Willen des Parlaments abhängig sein. Dadurch wird das Ansehen des deutschen Reiches nicht geschädigt. In der Angelegenheit des Abg. Herold über die Geschäftsordnung möchte ich meine Ansicht dahin präzisieren, daß die Geschäftsordnung des Hauses es verbietet, an die Annahme einer Vorlage eine Bedingung zu knüpfen — Damit festgestellt wird, wer gegen die Entlastung des Volkes von einer drückenden Steuer stimmt, beantrage ich über die Konvention namentliche Abstimmung. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Graf Posadowsky: Meine Erklärung bezog sich nicht auf den Antrag Herold, sondern auf den Kommissionsbeschluss, wonach das Inkrafttreten der Konvention gleichzeitig mit dem Inkrafttreten des Zuckersteuergesetzes erfolgen soll. Ich habe bereits in der Kommission erklärt, daß es für die Regierung gar nicht überprüfbar sei, daß diese beiden ganz eng zusammengehörigen Gesetze auch zusammen in Kraft treten müßten. Mit agrarischen Regierungen hat diese Erklärung nichts zu thun.
Frhr. v. Rheinbaben (wildkonf.): Ich habe den Antrag Herold nicht unterschrieben, weil ich die Konvention für einen Sprung ins Dunkle halte. — Wenn auf die eventuelle Stellungnahme des Reichskanzlers Bezug genommen ist, so möchte ich sagen: tempo mutatur. Es waren damals andere Zeiten, als der erste Reichskanzler die Geschichte des Reiches lenkte.
Reichskanzler Graf Bülow: Ich kann dem Herrn Vorredner nicht zugeben, daß die Konvention ein Sprung ins Dunkle sei. Es ist in der Kommission durchberathen, Sachverständige sind gehört worden, das Haus hat drei Tage lang darüber verhandelt, es liegt ein ungeheures Material über sie vor, und wir sind jetzt noch immer nicht fertig, welche Stellung er in der Konvention einnehmen soll. (Zurück: „An Dem ist Hopfen und Malz verloren!“) (Stürmische Heiterkeit links, unter der die letzten Worte des Reichskanzlers v. Löwen gehen.) Ich bitte das hohe Haus, der Konvention die Zustimmung zu geben.

Frhr. v. Rheinbaben (wildkonf.): Der Reichskanzler hat selbst von dem ungeheuren Material gesprochen, das über die Konvention vorliegt. Dies haben wir nur ganz kurze Zeit prüfen können. Ich zweifle ja nicht, daß die verbündeten Regierungen mit dem ja verständigen Reichskanzler an der Spitze das Beste wollen, und aber speziell darauf hin, daß sich etwa 70 Zuckerfabriken gegen die Konvention erklärt haben und muß meine Behauptung aufrecht erhalten, daß es sich um einen Sprung ins Dunkle handelt.
Reichskanzler Graf Bülow: Als erster Beamter des Reiches habe ich nicht vor allem die Interessen der Zuckerfabriken, sondern die Interessen der Allgemeinheit zu wahren (Lebhafte Beifall links), und diese erfordern die Annahme der Konvention.
Frhr. v. Rheinbaben (wildkonf.): Ich wundere mich, daß der Herr Reichskanzler eine so selbstverständliche Allgemeinheit noch besonders betont. (Sehr richtig! rechts.) Ich weise es zurück, als ob ich die Interessen der Zuckerfabriken hier vertrat, auch ich vertrat wie jeder Abgeordneter selbstverständlich die Interessen der Allgemeinheit. (Lachen links.)

Damit schließt die Diskussion.
Die einzelnen Artikel der Konvention werden angenommen, ebenso in der Gesamtabstimmung, die eine namentliche ist, die ganze Konvention mit 209 gegen 103 Stimmen. (Die Fragestellung des Präsidenten lautete einfach auf Annahme oder Ablehnung der Konvention ohne jeden Zusatz.)
Hierauf wird die Branntweinsteuernovelle in der Gesamtabstimmung gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Freisinnigen angenommen.
Präsident Graf Ballestrin: Hiermit ist unsere Tagesordnung erledigt. Ich bitte um die Ermächtigung, die nächste Tagesordnung nach Zeit und Gegenstand selbstständig festsetzen zu können.
Die Ermächtigung wird erteilt.
v. Levegow (K) übermittelt dem Präsidenten den Dank des Reichstages für die gerechte, unparteiische und gewandte Leitung der Verhandlungen. (Lebhafte Beifall auf allen Seiten des Hauses.)

Präsident Graf Ballestrin: Dieser Dank ist mir eine besondere Genugthuung. Er gebührt aber nicht nur mir, sondern Ihnen allen, deren Unterstützung ich stets gefunden habe, sowie den übrigen Mitgliefern des Präsidiums. Ich wünsche Ihnen allen, daß Sie nach guter Erholung während des Sommers im Herbst gestärkt zurückkehren zur Arbeit an den schweren und großen Aufgaben, die uns bevorstehen. (Bravo!)

Nachdem der Reichskanzler die kaiserliche Verordnung betreffend Vertagung des Reichstages bis zum 14. Oktober verlesen, schließt der Präsident die Sitzung mit einem Hoch auf den Kaiser. Die Sozialdemokraten haben vorher den Saal verlassen.
Schluß 6 1/2 Uhr.

Politische Rundschau.
Deutschland.
Agrarische Hoffnungen für die Reichstagswahlen. In der Hauptversammlung der südwestdeutschen Abtheilung des Bundes der Landwirthe erklärte der Vorsitzende Reichstagsabgeordneter Lucke am Sonntag in Mannheim, der Bund der Landwirthe jetzt in 261 Wahlkreisen so organisiert, daß er bei Reichstagswahlen den Ausschlag zu geben vermöge.

Es ist alles nicht wahr! Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt:
In verschiedenen Blättern tauchen über die Vorgeschichte der vom Reichspräsidenten Grafen v. Bülow am 2. Juni im Abgeordnetenhaus abgegebenen Erklärung allerlei Erzählungen auf, denen der Gedanke gemeinsam ist, daß Graf v. Bülow aus fäuglich eine entgegenkommende Antwort auf die Interpellation beabsichtigt habe und erst durch den Kaiser zu einer anderen Haltung gedrängt worden sei. Am weitesten geht darin ein rheinisches Blatt, das sogar angebliche Aeußerungen des Kaisers mittheilt, durch die ein entgegenkommender Beschluß des Staatsministeriums angedeutet worden sei. Wir müssen dieses Geschichtstragen als Aufzug bezeichnen und stellen, um jeder weiteren Vertheilung vorzubeugen, hiermit fest, daß es für den Reichskanzler und Reichspräsidenten keinen Augenblick des Schwankens darüber gab, welche Haltung ihm durch die Interpellation aufgebüht war und daß er hierbei ebenso auf das Vertrauen der Krone wie auf die einstimmige Unterstützung des Staatsministeriums rechnen konnte.

Die „Nordb. Allgem. Zeitung“ wird nächstens auch noch „feststellen“, daß Graf Bülow die Politik, die er verantwortet, ganz selbstständig und allein macht, und auch dabei sich auf die wunderbare, im Voraus festgesetzte Harmonie zwischen Reichskanzler, Staatsministerium und Krone beziehen. Die Glaubwürdigkeit der offiziellen Meldungen könnte dadurch nur gewinnen.

Das Stuttgarter Gericht über die Koalitionsfreiheit. Der amtsgerichtliche Beschluß, der den Antrag der Stadtgemeinde Stuttgart auf Auslieferung des zum Betrieb der Straßenbahnen notwendigen Betriebsmaterials abgewiesen hat, giebt in seiner Begründung auch eine sozialpolitische Würdigung des Koalitionsrechtes. Es heißt in dieser Begründung, nach der „Frankf. Ztg.“, wörtlich:

„Inwiefern ein solches privatrechtliches Verbot, das durch einen Dienstvertrag ausgesprochenes Koalitionsverbot, das nicht nur den Gedanken, der eigene Herr im Hause zu sein, zum berechtigtesten Anstand bringt, sondern häufig auch dem richtig verstandenen Interesse der Arbeitgeber dient, gegen die guten Sitten verstoßen soll, ist unklar, und wie es um den behaupteten Fundamentalsatz der Koalitionsfreiheit steht, zeigt der Absatz 2 des § 152 der Gewerbeordnung, wonach das Recht der Vereinigungen zum Behufe der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen keineswegs begränzt ist. Ferner verkennt die Antragstellerin (die Stadt) vollständig, daß, wenn sie vielleicht zu anderer Zeit ein Entgegenkommen der Direktion in der Frage der Koalitionsfreiheit in Aussicht nehmen dürfte, ein derartiges Zugeständnis an die Arbeitgeber im jetzigen Zeitpunkt zu einem Erfolg des Verhandels bereutete, in dessen Thätigkeit die Direktion mit Recht den Ursprung der misslichen Lage, in die sie verlegt worden war, erblickt.“

Das Amtsgericht findet es also verständlich, wie ein Koalitionsverbot gegen die guten Sitten verstoßen könne. Leider nicht unverständlich, aber sehr bedauerlich ist es, daß ein deutsches Gericht anno 1902 noch solche Ansichten hegt. Die „Frankf. Ztg.“ empfiehlt deshalb dem Herrn Amtsrichter das eben bei Dunder u. Humblot in Leipzig erschienene Werk des Universitätsprofessors Dr. Lotmar vorzunehmen, worin wissenschaftlich die Ansicht vertreten wird, daß die vertragmäßige Beschränkung der gesetzlichen Koalitionsfreiheit wider die guten Sitten verstößt, also reichsgesetzlich unzulässig und nichtig ist. (S. 218, 621, 760.) Damit erledigt sich auch Alles Uebrige, aber sehr verständlich wird nun die Ablehnung des Antrages der Stuttgarter Stadtverwaltung durch das Amtsgericht! — Eine neuerliche Erklärung der Straßbahndirektion besagt, daß die Direktion die Neubauten beschleunigen wird, um die Mehrzahl der bis jetzt nicht wieder eingestellten Ausständigen vorläufig im Bau und alsbald dann im Betrieb zu verwenden. Thatsächlich handelt es sich „nur noch um 40 Angestellte“, die anderweitig Beschäftigung suchen müssen!

Zhielen geht! Die offiziös bediente „Köln. Ztg.“ befragt jetzt die Meldung von dem bevorstehenden Rücktritt des Ministers v. Zhielen und schreibt, er erfolge alsbald nach Abschluß der Verhandlungen des preussischen Landtages. „Wir glauben zu wissen, so sagt das Blatt, daß ihm der Entschluß zu diesem Rücktritt nicht gerade leicht geworden ist.“

Attendiebstahl. Die gutgesinnte Presse zertert jedes Mal über gemeinen Diebstahl und insamen Vertrauensbruch, wenn die sozialdemokratische Presse in die Lage verlegt wird, durch Veröffentlichung geheimer Aktenstücke in die Kulissengeheimnisse der herrschenden Klassen und ihrer regierenden Agenten zu leuchten. Und dies, obwohl kein sozialdemokratisches Blatt jemals einen Attendiebstahl verübt oder veranlaßt hat. Jetzt hat nun eines der ordnungswürdigsten Ordnungsbücher, das „Leipziger Tageblatt“, die Nährmutter der „Süddeutschen Anzeigen“, einen Deputationsbericht über die Verluste der Lotterie-Darlehnskasse beim Zusammenbruch der Leipziger Bank veröffentlicht, der noch gar nicht endgültig festgestellt war, sondern später Abänderungen unterzogen wurde. Jetzt meldet sich als Thäter der parlamentarische Mitarbeiter des „Leipziger Tageblatts“, welcher heiter erklärt: „Der Verbrecher bin ich ganz unbestritten durch Zufall geworden. Als ich an dem betreffenden Morgen, da ich mit den Vorarbeiten für die Richterstattung beschäftigt war, nach dem Diener suchte, damit er mir Frühstück holen möchte, kam ich auch nach dem offenstehenden Deputationszimmer. Ich fand den Diener dort nicht, dagegen bemerkte ich auf dem Tische außer andren herumliegenden Druckberichten auch den Bericht über die Lotterie-Darlehnskasse. Selbstverständlich ließ ich mir als bestemmtem Journalisten und Berichterstatter des „Leipziger Tageblatts“ die günstige Gelegenheit nicht entgehen, von dem Inhalt des Berichts ausgiebigen Gebrauch zu machen.“ — Das ist selbstverständlich Diebstahl und Vertrauensbruch schlimmster Art. Jetzt wissen wir's: Ein gutgesinnter Schwach entrückt sich über vertrauliche Veröffentlichungen nur deshalb, weil er sie selbst sich mit aller „Besonnenheit“ nicht anzueignen vermochte!

Kleine politische Nachrichten. Die Zolltarifkommission des Reichstages hat am Mittwoch mit Rücksicht auf den frühen Beginn der Plenarsitzung des Reichstages keine Sitzung abgehalten. — Die konservative Interpellation über den Schiffsahrtstrust ist nicht, wie man bisher annahm, freiwillig zurückgezogen worden, sondern der Reichskanzler hat, wie die „Kreuzzeitung“ jetzt mitteilt, dem Interpellanten Grafen Knuth erklärt, daß er anderweitig in Anspruch genommen sei und die Interpellation in den nächsten Tagen nicht würde beantworten können. Damit erledigte sich angesichts der Geschäfts-lage des Reichstages die Interpellation von selbst. — Der Staat gerettet hat wieder einmal die Halle'sche Polizei. Sie beschlagnahmte in der Privatwohnung eines russischen Studenten die gemeinsame Bibliothek der in Halle residierenden Russen und Russinen. — Wegen Theilnahme an Geheimhändeln sind am Montag in Gusev bei vierzig Symnastischen Hansjungen vorgekommen und verschiedene Schriftstücke beschlagnahmt worden. Ebenso sind in Pifa, Breichen und Bromberg in den letzten Tagen zahlreiche Beschaffungen vorgenommen worden; dieselben gehen im Zusammenhang mit dem Geheimhändeleiprojekt. — Das Befinden des Königs von Sachsen hat sich derart gebessert, daß nach Ansicht der Ärzte ein augenblickliche Lebensgefahr nicht besteht. — Der irische Abgeordnete Lynch, der als Oberst auf Seite der Boer kämpfte, reiste Mittwoch aus Paris über Dieppe nach England und wurde sofort bei Landung in Newhaven verhaftet und gleich im Gefängnis unter Verwahrung von Detektivern nach London überführt. — Der Beg von Tunis ist am Mittwoch früh gestorben. Der Beg Sidi Ali hat ein Alter von 85 Jahren erreicht. Geboren am

14. August 1817, folgte er im Oktober 1882 seinem Bruder Mohammed es Sadel in der Regierung. Die Nachfolge Sidi Ali's hat Prinz Mohammed angetreten. — In Venezuela ist nach amtlichen Meldungen aus Caracas in den Vorstädten von La Guayra eine Revolution ausgebrochen, worauf die Stadt von den Forts und den venezolanischen Kriegsschiffen beschossen wurde. Auf Antrag des deutschen Geschäftsträgers in Caracas sind deshalb die deutschen Kriegsschiffe „Gazelle“ und „Halle“ am Dienstag von St. Thomas nach La Guayra in See gegangen. — Während das Anarchistengesetz vom Repräsentantenhaus angenommen wurde, hat dasselbe die vom Senat beschlossene Errichtung einer Leibwache für den Präsidenten abgelehnt. Präsident Roosevelt hätte sicher von einer Leibwache keinen Gebrauch gemacht. — Die Verurteilung von Johann Wolf zu einem Jahre Arbeitshaus ist in letzter Instanz bestätigt worden.

Deferreich-Ungarn.

Die Antwort auf die Demonstration der Tschechen gegen die Marienburger Polenrede des deutschen Kaisers. Nach Eröffnung der Sitzung am Mittwoch erhob sich der Präsident des Abgeordnetenhauses, Graf Wetter, und gab folgende Erklärung ab: „Ich sehe mich veranlaßt, auf die zum Schluß der gestrigen Sitzung gestellte Anfrage des Abg. Kofac zurückzukommen. Ich habe erst nach Schluß der Sitzung aus dem Stenogramm den ganzen Wortlaut der Anfrage entnehmen können. Bei dem herrschenden Lärm und der Unruhe des Hauses war es mir nur möglich, einzelne Worte dieser Anfrage zu hören, und ich habe nicht von den mir zustehenden Disziplinarmitteln Gebrauch gemacht. Ich spreche mein tiefstes Bedauern anlässlich dieses die Würde und das Ansehen des hohen Hauses schwer schädigenden Vorfalles aus und bedauere insbesondere, daß es mir nicht früher möglich war, die Disziplinarmittel anzuwenden. (Beifall, Lärm, Zwischenrufe bei den tschechischen Radikalen.) Ministerpräsident Dr. v. Koerber erklärte: „Am Schluß der gestrigen Sitzung, dem ich nicht mehr beizuwohnen konnte, hat sich eine Szene zugetragen, auf die wohl auch ich zurückkommen muß. Wenn ich sagen würde, die Regierung weise die gesagten Worte — ich will vorerst davon absehen, wenn sie galten — mit Entrüstung zurück, so brächte das nicht richtig meine Empfindung zum Ausdruck, eher könnte ich sagen, wir weisen diese Worte, diese Vorfälle mit Betrübnis zurück. Ich habe nicht das Recht, das Motiv und den Zweck gemachter Äußerungen zu prüfen, wohl aber muß mir die Zensur der Wirkung zustehen, denn die Regierung ist die Repräsentanz des Staates gegenüber der ganzen Außenwelt. (Zwischenrufe bei den tschechischen Radikalen. Lebhafter Ruf: Ruhe!) Wie denken Sie sich nun angesichts der erwähnten Vorfälle die Erfüllung dieser Pflicht der verantwortlichen Regierung, wie denken Sie sich die Gestaltung der Beziehungen zu irgend einem Staat, wenn hier im österreichischen Abgeordnetenhaus Schmähungen der schlimmsten Art gegen ein fremdes Staatsoberhaupt — heute gegen das eine, morgen gegen das andere — vorgebracht werden? Ich will ja nicht daran erinnern, daß es sich gestern um einen seit seinem Regierungsantritt treuen Verbündeten der Monarchie handelte. (Zwischenrufe bei den tschechischen Radikalen, lebhafter Ruf: Ruhe!) Ich würde in jedem gleichen Falle sagen: Die Urheber solcher Vorfälle vergehen sich schwer an dem Staat. Sie können allerdings die Politik des Staates nach außen nicht schädigen. Unter diesen Verhältnissen ist der Standpunkt der Regierung klar vorgezeichnet. Sie bringt ihn zur Geltung, indem ich erkläre, die Verantwortung der aus diesem Anlaß an mich gerichteten Interpellation abzulehnen.“ (Lebhafter Beifall, Händelschlagen, Lärm und Zwischenrufe bei den tschechischen Radikalen.)

Luxemburg.

Die Kammer des Großherzogthums ist Dienstag halbtschichtig erneuert worden. Die Kammer zählt 48 Abgeordnete, welche sich auf 13 Wahlkantone vertheilen. Die bisherige Zusammensetzung der Kammer war folgende: 24 Konservativ-Katholische, 21 Konservativ-Liberale, 3 Sozialisten. Erloshen sind die Mandate der Abgeordneten für sechs Kantone, welche zusammen 27 Abgeordnete stellen. Die Neuwahlen ergaben 10 Katholiken, 9 Konservativ-Liberale und 1 Sozialist; ferner haben 7 Stichwahlen stattgefunden. Ob die Wahl des Sozialisten eine Verstärkung der sozialistischen Fraktion bedeutet oder ob es sich um Behauptung eines innegehabten Mandats handelt, ist aus den vorliegenden Nachrichten nicht zu ersehen.

Italien.

Sozialistische Wahlerfolge in Turin. Wie das „Bureau Laffan“ aus Turin meldet, bedeutet das Ergebnis der Ergänzungswahlen für den Stadtrat in Turin einen bedeutenden Fortschritt der sozialdemokratischen Bewegung. 20 der neuen Stadträte dürften der Sozialdemokratie angehören, wodurch deren Vertreter im Stadtrat auf 36 steigen würden. Die Regierung soll die Absicht haben, unter diesen Umständen zur Auflösung des Stadtrathes zu schreiten und einen königlichen Kommissar mit der städtischen Verwaltung zu betrauen. Turin, die Wiege des Hauses Savoyen, galt bis vor kurzer Zeit als echt konservative Stadt! Der Erfolg der sozialdemokratischen Bewegung ist um so höher einzuschätzen, als bisher Turin eine streng konservative Vertretung hatte.

Amerika.

Ein Ring von Schiffsbauwerken soll in den Vereinigten Staaten gebildet werden. „New York Herald“ sagt, eine zur Verschmelzung von mindestens fünf großen Schiffsbauwerken in den Vereinigten Staaten gebildete Korporation beabsichtige, Bonds im Betrage von 25 Millionen Dollars auszugeben, für deren Uebernahme die Vorbereitungen bereits abgeschlossen seien. Alle in die Vereinigung einbezogenen Werften sollen einer einzigen Leitung unterstellt werden.

Japan.

Ausgedehnte militärische Operationen haben im April, wie den „Times“ aus Tokio berichtet wird, auf Formosa stattgefunden. Eine ganze Brigade wurde gegen die Sursurgen verwendet, von denen viele, einschließlich der Führer, fielen. Die übrigen sollten an drei Orten im zentralen Distrikt am 25. Mai den Erwerb leisten. Die Sursurgen, 197 an der Zahl, hatten sich aber heimlich mit Pistolen bewaffnet und versuchten einen Handstreich. Dieser schlug fehl und 189 wurden getödtet.

während nur 8 entkamen. Man glaubt, daß die Unruhen nunmehr erstickt sind.

Rhein und Nachbargebiete.

Donnerstag, den 12. Juni.

Zugung ist fernzuhalten von Maurern, Zimmerern und Bauarbeitern nach Hamburg, Kiel, Neumünster und Dömitz, von Maurern nach Neustadt i. S., Breez, Köbel, Malchow, von Steinsehern, Hammern, Steinmehrn und Granitschleifern nach Kiel, Schneidern nach Flensburg.

Die Matten verlassen das sinkende Schiff. Wie unfern Lesern noch erinnerlich sein dürfte, wurde zum Beginn dieses Jahres von den beiden Redakteuren der „Eisenbahn-Zeitung“ der Versuch gemacht, dem nahe bevorstehenden sicheren Ruin der Zeitung und des Geschäftes durch Umwandlung in eine Aktiengesellschaft vorzubeugen. In den beweglichsten Worten wurde in einem an Interessenten versandten Schriftstück — von dem bekanntlich ein Exemplar auch auf unseren Redaktionsstisch flatterte — gesagt, doch Antheilscheine à 500 Mark zu kaufen, damit das „bisher liberal geleitete Blatt“ nicht in agrarische Hände übergehe und auch weiterhin „ohne Wanken für den weiteren Ausbau des liberalen „Staatsgedankens“ eintreten könne. Zum Schluß wurde noch der rothe Lappen geschwungen, um damit die Widerspenstigen ins Bockshorn zu jagen und sie zum Kaufen von Vörsen — pardon: Antheilscheinen zu veranlassen. Trohdem auch die finanzielle Seite der Sache in einem äußerst rofigen Lichte gemalt wurde, schlug der Versuch des Wienandt und seines getreuen Heise fehl. Die so sehnlichst erwarteten Aktionäre blieben trotz aller Spiegelfechtereien aus, und mit der Umwandlung ist es nichts geworden. Jetzt verlassen die Matten allmählich das sinkende Schiff. Vor kurzem schied ein langjähriger Mitarbeiter aus der Redaktion aus und trat zum „S.-Z.“ über. Auch der liebe Julius schüttelt demnächst den Redaktionsstaub von seinen Pantoffeln und will sich in Schlußapfeln pflanzen. Und nun kommt zum Schluß noch die Volksthaft, daß auch Wienandt, der sich bekanntlich während des Parteitages als ein Denunziant ärgster Sorte entpuppte, wandern will. Auch ihm ist der Boden in Lübeck zu heiß geworden, er verschwindet — vielleicht auf Nimmerwiedersehen! Wer angesichts dieser ganzen Thatsachen noch an dem nahe bevorstehenden seligen Ende der im 61. Jahrgang stehenden zahllosen alten Lante zweifelt, der ist ohne Frage mit Blindheit geschlagen. So ist also auch das einst so stolze demokratische Blatt ein Opfer seines eigenen Prinzipienverraths geworden. Das Blatt, das ohne Wanken für den weiteren Ausbau des liberalen Staatsgedankens eintreten wollte, ist selbst dabei ins Wanken geraten und steht nunmehr vor dem Abgrund, in dessen Tiefe es auf immer verschwinden wird. Zwar mag man noch den Versuch machen, das Blatt einige Zeit über Wasser zu halten; dieser Versuch ändert aber nichts an der Thatsache des Ruins. Wer übrigens die Zeitung im letzten Jahre aufmerksam verfolgt hat, der wird uns Recht geben, wenn wir behaupten, daß die „S.-Z.“ während dieser Zeit, wie auch schon früher, ihr eigener Todtengräber gewesen ist. Sie selbst hat es sich zuzuschreiben, daß sie hinsichtlich ihrer politischen Haltung immer tiefer herabzinken ist. Ein Blatt, das z. B. den Gegner durch gemeine Denunziationen bekämpft, verdient kein besseres Schicksal. Das ist die rächende Nemesis! — Wann mag nun wohl das offizielle Leichenbegängnis stattfinden?

Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich gestern Morgen gegen 7 1/2 Uhr in der Wipeezer Schleuse auf dem Elbe-Dröbe-Kanal. Auf bisher unauferklärte Weise gerieth der Bootsmann Thiel in die Schlepptrasse des Dampfers „Attendorf“ und trug schwere innere Verletzungen davon. Man schaffte den Schwerverletzten in das hiesige Allgemeine Krankenhaus.

Zur Beachtung für Rentenempfänger. Bereits im Vorjahre rügten wir die langsame Abfertigung der Rentenempfänger, die bekanntlich ihre Renten in einem Keller des Postamts in Empfang nehmen und recht häufig stundenlang darauf warten mußten. Jetzt hat man wohl endlich eingesehen, daß es so nicht weiter gehen kann, denn man hat sich veranlaßt gesehen, vom 1. Juli d. S. ab die Auszahlung der Rentenbeträge an den ersten beiden Tagen eines jeden Monats in einem seitens des Finanz-Departements dem Postamt zur Verfügung gestellten Raume im Erdgeschoss des ehemaligen Gerichtsgebäudes, Mengstraße Nr. 28, vornehmen zu lassen.

Die Wasserwärme der Badeanstalt des Krähenteiches betrug Mittwoch 16 1/2 Grad Celsius.

Beschlußunfähig. Das war die Signatur der gestrigen Bürgerauschussung. Da 12 Mitglieder ihr Nichtkommen angezeigt hatten, konnten die erschienenen Mitglieder unrichtiger Sache wieder nach Hause trotten.

Die Mätern grassiren zur Zeit recht stark in unserer Stadt. So sind z. B. die Klassen mehrerer Schulen nur halb besetzt. Hoffentlich verschwindet diese Kinderkrankheit recht bald.

Entin. Der Gemeinderath hatte sich in seiner am Montag abgehaltenen Sitzung in der Hauptsache mit der Gehaltserhöhung der Entiner Lehrer zu beschäftigen. Einstimmig erklärte sich der Gemeinderath für die Gehaltserhöhung; jedoch lehnte er das von der Kommission entworfene Gehalts-Regulativ, welches auf die Stellenkala aufgebaut war, ab und beauftragte die Kommission, einen neuen, den Wünschen der Lehrer entsprechenden Entwurf, dessen Grundlage die Alterskala bildet, auszuarbeiten. — Mit zweiterlei Maß gemessen sein wollte die militärische Kameradschaft, welche für ein zu arrangirendes Fest um Erlaß der Luftbarkeitssteuer ersuchte. Der Gemeinderath wollte sich jedoch auf den Schönstedt'schen Rechtsgrundsatz nicht einlassen und lehnte vernünftigerweise das etwas sonderbare Ersuchen ab. Jetzt werden die Kameradschaftler aber ohne Frage der Regierung und dem jetzigen Gemeinderath die Freundschaft kündigen und sich zur Sozialdemokratie bekennen. Wie konnte der Gemeinderath auch ihre patriotischen Empfindungen derartig mit Füßen treten, daß er nicht einmal Halt macht vor der Klasse einer militärischen Kameradschaft.

Hamburg. Die Bauinnungen beschlossen am Dienstag Abend, von Mittwoch an die Arbeit auf den gesperrten Baustellen aufzunehmen zu lassen, falls die Geleiten sich durch den Arbeitsnachweis

Letzte Nachrichten.

Wittenberg. Doppelmord. Der Kasseler Wittenberg, ein Mann von 50 Jahren und Vater von 8 Kindern, von denen das jüngste erst vor zwei Tagen geboren war, hat sich mit der Frau eines Eisenbahnassistenten, mit der er schon seit längerer Zeit in Verhältnis unterhielt, erhängt.

Rudolfsadt. Geborene Orbnungssäule. Die Strafkammer verurteilte den angesehenen Stadtverordneten Richter in Königsberg wegen Bedrohungen in 66 Fällen und Bantrotts zu 2 Jahren Gefängnisstrafe.

Köln. Aufsehen erregt hier die Verhaftung des Stadtverordneten W., der wegen eines Liebesverhältnisses, das er, ein verheirateter Mann, mit einer anderen Frau unterhielt, aus dem Reservistenstand ausscheiden mußte. Als diese Affäre ein gerichtliches Nachspiel hatte, soll W. die betreffende Frau verleitet haben, vor Gericht vollständig falsche Aussagen unter Eid zu machen. Aus diesem Grunde erfolgte seine Verhaftung.

Graz. Ein heftiger Wettersturz ist, wie dem „Fränk. Kur.“ gemeldet wird, im ganzen Alpengebiete eingetreten. Die Berge sind bis zur Thalsohle mit Schnee bedeckt. Die Temperatur ist tief gesunken.

Wien. Durch ein Feuer, das Dienstag Nacht in einem großen, von vier Straßen begrenzten Häuserblock in der Nähe des Hauptplatzes von Kornau in Niederösterreich ausbrach und bis Mittwoch früh anhält, wurde der Häuserblock fast vollständig vernichtet. Mittwoch früh gelang es, den Brand zu lokalisieren; Einzelheiten sind noch nicht bekannt geworden.

Rom. Musolino, der berühmte Brigant, wurde nach mehrwöchentlicher Verhandlung vom Gericht in Lucca zu lebenslänglicher Gefängnisstrafe mit achtjähriger Einzelhaft verurteilt. Musolino meldete sofort Revision an. Die Mitangeklagten des Briganten wurden freigesprochen.

Neu-York. Ein Byllon von zwei Meilen Länge und zwei Meilen Breite ist in der Umgegend von Lake-Parl, im Staate Minnesota, niedergegangen. Eine Kirche und neun Farmer wurden vollständig zerstört, zehn Personen sind umgekommen.

Lübecker Marktpreise vom 11. Juni.

Banern-Butter 1,00 Mk., Meierei-Butter 1,10 Mk., Hasen Eid. —, Euten Eid. 2,70 Mk., Hühner Eid. 1,80 Mk., Kühen Eid. —, Mt., Tauben Eid. 0,55 Mk., Gänse Pfd. —, Mt., Fildgans —, Mt., Schweinestopf 0,50 Mk., Schinken Pfd. 95 Pfg., Wurst Pfd. 1,20 Mk., Eier 11 Eid. 60 Pfg., Kartoffeln 10 Alt. 50 Pfg., Karpfen Pfd. 1, —, Mt., Karauken Pfd. 80 Pfg., Hecht Pfd. 60 Pfg., Barische Pfd. 60 Pfg., Kal Pfd. 0,80 Mk.

der Innungen anstellen lassen und zum alten Lohnstarif arbeiten. Wie vorauszu sehen, war dieser Beschluß wirkungslos, wird von den Arbeitern vielmehr dahin aufgefaßt, daß viele Innungsmeister den Kampf beendigt zu sehen wünschen. Die Bewegung steht noch auf dem alten Fieße. Der Bezug von Arbeitswilligen ist gering. Vom Arbeitgeberverband werden die Innungen, wie nicht anders zu erwarten, mit bedeutenden Mitteln unterstützt. Ein in der Innungsverammlung gestellter Antrag, den Zentralverband der Maurer dadurch zu sprengen, daß nur Nichtverbändler zur Arbeit zugelassen werden sollten, wurde von der Versammlung nach lebhafter Debatte abgelehnt. — Wie vernünftig doch jene Herren geworden sind! — Die Ausperrung im Baugewerbe scheint nunmehr die Herren Klempnerinnungsmeister nicht ruhen zu lassen. Auch diese wollen, wenn irgend möglich, eine Ausperrung vom Baubrechern. Wegen Lohnbifferenzen war vor einigen Tagen über eine Firma, Oldenburg u. Hengstler, die Sperre verhängt worden. Jetzt erklärt die Klempnerinnung, daß, falls nicht bis zum Freitag Morgen die Sperre zurückgenommen ist, am Freitag Abend sämtliche Gesellen, etwa 500, entlassen werden sollen. Außerdem versucht die Innung bei dieser Gelegenheit, den Gesellen einen neuen, wesentlich verschlechterten Lohnstarif aufzuzwingen. Die Arbeiter werden aber den Ausperrungsgelüften der Innungsleiter, die ohne Frage vom Arbeitgeberverband getrieben werden, auf das Entschiedenste entgegenzutreten und evtl. den Kampf aufzunehmen.

Keine Chronik der Nachbargebiete. Der Bahnmeister Prog fiel, nach einer Meldung aus Malchow, auf Station Mi-Schwerin aus dem schon in Fahrt befindlichen Zuge und erlitt einen Schenkelbruch, außerdem eine Wunde am Oberschenkel und am Hinterkopf. — Ein Großfeuer äscherte am Dienstag in Venzin bei Rehna 7 Gebäude ein. Das Feuer ging am Dachhaus des Erbpächter Meyer'schen Gehöfts auf und legte sämtliche Gebäude des Gehöfts sowie eine Scheune und zwei Ställe der Döbler'schen Erbpächterstelle in Asche. Das Vieh ist gerettet, dagegen sind sämtliche Hühner verbrannt. — Gegen die „Kleiner Neuesten Nachrichten“ ist vom Polizeipräsidenten von Puttkamer wegen der bekannnten Zeitungsangriffe in der angeblichen Mißgriffsangelegenheit Strafantrag gestellt worden. Wie verlautet, soll das Verfahren gegen den Verleger Waldemar Spitter, gegen den verantwortlichen Redakteur Erich Peterson und den Verfasser der Artikel, Karl Neumann, gerichtet sein. Abwarten! — Der Marine-Bahlnieberspirant Bachsmuth und

der Bahlnieberspirant Zell, beide aus Kiel, welche am letzten Sonntag einen Ausflug nach Gremismühlen machten, werden seither vermißt. — Die Altonaer Kriminalpolizei ist einer höchst unsauberen Affäre, in die verschiedene in Altona und Hamburg wohnhafte Personen verwickelt sind, auf die Spur gekommen und hat vorläufig drei Frauen in Haft genommen. Es handelt sich um Verbrechen wider das keimende Leben. Weitere Verhaftungen stehen bevor. — Die „Dresdner Neuesten Nachrichten“ melden unter dem 11. Juni aus Dresden: Als heute Nachmittag der Kriminalbeamte Marcus den nach Verübung eines Raubmordes aus Altona geflüchteten Matrosen Speck in einem Hause am Bischofsweg verhaften wollte, schoß Speck den Beamten nieder und entfloh. Er wurde aber ergriffen. — Bei einer Kollision zwischen einer Schute und einem Dampfer ertrank in Hamburg ein Ewerführer, der durch den Anprall über Bord geschleudert wurde. — Auf den Deltwerken von Schliemann in Hamburg wollten zwei Arbeiter einen Eimer mit Säure in einen großen, nur auf einer Leiter zu erreichenden Bottich gießen. Als nun der eine Arbeiter sich mit dem Eimer auf der Leiter befand, glitt Letztere zur Seite und die Säure ergoß sich über beide Leute, die schwere Brandwunden erlitten. — Das Schöffengericht in Hamburg stellte fest, daß das Wort: „Jesus“, wenn es im höhnißchen Sinne gebraucht wird, eine Beleidigung sei. Es erkannte dieshalb auf 10 Mark Geldstrafe. — Ein Opfer seiner Unvorsichtigkeit ist ein Soldat des in Wandsee garnisonierenden Husarenregiments geworden, der eine Patrone, die sich schon längere Zeit in seinem Besitze befand, mittelst eines Streichholzes zur Explosion brachte. Die Folgen waren für den Unvorsichtigen tief traurige, denn es wurden ihm drei Finger von der linken Hand abgerissen. Nach Anlegung eines Nothverbandes wurde der Verletzte dem Garnisonlazareth in Altona zugeführt. — Ein wegen Sittlichkeitsvergehen in Oldenburg (begangen an internierten weiblichen Sträflingen) in Untersuchungshaft nach Wechta gebrachter Gefangenwärter war, als eine große Bewegung für die Aufhebung der öffentlichen Häuser in Szene gesetzt wurde, ein eifriger Agitator für die Beseitigung jener Häuser, der annähernd 1000 Unterschriften zusammenbrachte! Ein netter Sittlichkeitsapostel! — Der Dsnabrücker Pastor Weingart wurde im hremischen Dorfe Borgfeld mit Dreiviertel-Mehrheit zum Prediger gewählt. Obgleich die Bestätigung nicht erforderlich. Das wird manchen Herren nicht ganz angenehm sein.

Zu vermieten zum 1. Juli eine kleine Wohnung nebst Stall

Margarethenstraße 13.
1 Logis für 1—2 junge Leute.
J. Kruse, Stodtelsdorf.

2 schöne freundliche Wohnungen
zum 1. Juli zu vermieten
Brosingsstraße 13, I.

Eine Frau sucht Beschäftigung
Näheres in der Exped. d. Bl.

Eine neue Plüschgarditur
Kaufende halber zu verk. Bedergrube 20, II.

Butzgeschäft
ist fortwäh. für d. Verth. der Waaren zu verk.
Alt. Gerdt. Rentb. sich. Grätz.

O. Jahnke, Hamburg, Wilhelmstraße 3.
Vereins-Gruppen liefert das photogra-
phische Atelier „Adele“, Joh. Herm. West-
phal, Breitestraße 53 (Haus Frenholz).

Privat-Mittagstisch Bekkerstr. 81.

Uhrfeder einsetzen 1, — Mk.
Uhren reinigen 1,50
Gehäuse einsetzen 3, —
1 Zeiger ansetzen 0,20
H. Heitmann, Uhrmacher,
Friedrichstraße 24.

Gesundheitschutz
in Staat, Gemeinde u. Familie.
Herausgegeben von
Emanuel Warm
unter Mitwirkung von Ärzten und Sachgelehrten.
Erscheint in 25 Heften à 20 Pfg.
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Harry Dahm
Königstr. 91, Ecke Wahnstr.
Spezial-Magazin für
Bettfedern, Dauen, fert. Betten
Bettbezüge, fert. gew. Stf. von 1,25 an.
Bettbezüge, — — — — — 0,45
Bettlatten, ohne Holz, nachherig gew.
Qualität, Stf. 1,30 Mk.
Bettfedern von 40 Pfg. an.
Complete Betten von 11,25 Mk. an.
Bettstellen, Matrassen sehr billig.
Eure Betten
Knaben-Bett-Matrasen und einzelne
Stoffen von 75 Pfg. an.

Verantwortlicher Redakteur für den germanischen Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der Rubrik „Lied und Nachbargebiete“ sowie der mit J. St. bezeichneten Artikel und Notizen: Otto Friedrich.
Verantwortlicher Redakteur für die Rubrik „Lied und Nachbargebiete“, sowie die mit J. St. bezeichneten Artikel und Notizen: Johannes Stelling. — Verleger: Theodor Schwarz.
Druck von Friedr. Meyer & Co. — Schmalte in Lübeck.

„Die Hütte“
Zeitschrift für das Volk und seine Jugend.
Monatlich 2 Hefte à 25 Pfg.
Zu beziehen durch die
Buchhandl. Fr. Meyer & Co.
Johannisstraße 50.

Gothmunder Treibelfest
am Sonntag den 29. u. Montag den 30. Juni.
Dampfschiffahrt an beiden Tagen ab Travelpavillon.

Prima Halbstiefel, Arbeitsschuhe,
Segeltuchschuhe, sämtl. Kinder-
u. Damen-Schuhe, Hüte, Mützen,
Käse, Hemden, alle Arbeiter-Gar-
deroben, Knaben-Anzüge, Wäsche,
Cravatten, Schürzen, Wollwaaren,
Woll- und Baumgarne, diverse
Manufaktur
empfehlen bestens und billigst
Rud. Kracht, Rabeburger Allee 40.
NR. Sämtliche obigen Artikel auch zu haben
bei Karl Wille, Echstatp.

Commerfang = Seringe
schöner zarter Fisch.
Oberlone 8. Ludw. Hartwig.
Zentrale: Unterstraße 69.
Rindfleisch Pfd. 45 u. 50 Pfg.
Schweinefleisch — 65 —
Carbonade — 70 —
sowie sämtl. Würstwaaren
W. Strohsfeldt
Gladingscherstraße 73
Marktsteckersweg Nr. 14 und 15.

DROCKHAUS'
D I X I K O N
NEUE REVIDIERTE
DIESELBANDS-AUSGABE
SIEBENTER BAND
ERSCHIEN
SOEBEN. M 12.

Johs. Tollgreve, Goldschmied
Königstrasse 92.
Anfertigung von Reparaturen
und jeglicher Aenarbeit.
Gold-, Silber-, Alfenide-Waaren.

Geschäfts-Verlegung.
Hierdurch die ergebene Mittheilung, daß ich
mit dem heutigen Tage mein
Barbier-Geschäft
nach Schlutup
in das Ruhnau'sche Haus
verlegt habe und bitte meine Kunden, Freunde
und Gönner, mir auch fernerhin ihr Wohlwollen
erhalten zu wollen. Hochachtungsvoll
Wilhelm Arndt
Barbier und Friseur, Schlutup.

Grosse Auction!
am Freitag den 13. Juni 1902
Nachmittags 2 1/2 Uhr
14 Hundestraße 14
über: Mobilien, Waaren aller Art, sowie 1 Laden-
tisch, 1 Kleiderschrank, 1 Sopha, mehrere Sopha-
tische, 1- und 2schläfige Bettstellen, 1 Bettstuhl,
Bettzeug, Stühle, Tisch, und andere Dinge,
mehrere eichene Koffer, eine eigene Schatulle
mit Messingbeschlag, Schrank, Kommode,
ein Garderobenschrank, 11 Cigarren, ein großer
Posten Patent-Feueranzünder, Bilder mit Musik
und Uhrwerk, 1 silbernes Armband, Körbe und
ein Posten Kinder Schuhwaaren, ein Brut-Käfig,
passend für Hühner oder Tauben, getragen
Kleidung u. v. n. Gen. m.
Joachim Ch. B. Schmehl,
Auctionator und Taxator.

Kartoffel-Lager
19 Friedenstrasse 19.
Feine gelbe Eierkartoffeln, prima gelb-
lockende Magnum bonum zu den billigsten
Tagespreisen.

**Schwedisches
Birken-Brennholz**
um zu räumen, **billigst** aus Segler
„Sofia“, Kapit. Pettersson, unterhalb Bedergrube
liegend. Näheres bei
Jäde & Co.

Achtung!
**Verband der Brauer
und Berufsgenossen.**
AUSFLUG
am 29. Juni
Nachmittags 1 1/2 Uhr
von Wilhelmshöhe mit Musik
nach Schwartau.
Das Comité.

Das südafrikanische Problem.

Das „Grubenproblem“ im Transvaal war für die Briten das „Südafrikanische Problem“. Die Schwierigkeiten, die der Lösung dieses Problems im Wege standen, führten zu dem Kriege, bei dessen Beendigung man das Wort: „Alles verloren außer der Ehre“ umkehren muß, denn England hat schließlich „Alles gerettet außer der Ehre“. Jetzt ist der Friede gesichert und — das „Südafrikanische Problem“ beginnt erst sich fühlbar zu machen; es wird zweifellos noch viel interessantere und weltgeschichtlich schwerwiegende Erscheinungen zeitigen, als das Morden, Plündern und Bergewaltigen in der Kriegszeit.

Worum handelt es sich bei dem südafrikanischen Problem? — Die Rhodes, Barnato, Beit und Konsorten waren unzufrieden mit der Regierung des Dhm Krüger. Hatten sie damit recht oder unrecht? Wie man's nimmt. Krüger und seine Leute besorgten natürlich die Interessen der südafrikanischen Bauern, und somit waren sie vor Allem „streng konservativ“. Den Bauern, oder besser Farmern, war es darum zu thun, in ihrer bisherigen Art und Weise wirtschaften zu können. Sie wollten auf ihren gewaltigen Farmen in extensiver Weise wirtschaften, ihre riesigen Viehherden brachten einen immerhin ansehnlichen Gewinn, und die meisten dieser Farmer sind in den letzten fünfzig Jahren allmählich reiche geworden. Voraussetzung für diese Wirtschaftsweise war die spottbillige Arbeitskraft der Neger. Und — das wächst nun einmal den braven Buren kein Wässerchen ab — die Neger sind von ihnen schlimmer behandelt worden, als das liebe Vieh. Diese „altväterische“ Wirtschaftsweise wurde gestört, als die Goldminen-Industrie sich rapid entwickelte. Jetzt wollten die Buren möglichst Antheil haben an dem Goldregen, der niederging, aber sie mußten in ihrer häuerlichen Unbehilflichkeit kaum die Mittel, ihn aufzufangen. Eines der Mittel war, die Kosten des Staats Haushaltes nach Möglichkeit auf die Industrie abzuwälzen, was auch durchgeführt wurde. Das führte zu dem Dynamitmonopol und ähnlichen Abgaben. Da aber die Ausgaben dieses häuerlichen Staatswesens schließlich doch sehr geringe waren, so war auch der Fiskalismus nicht gar schlimm, und das Dynamitmonopol war eher ein Vorwand zu Klagen für die Grubenmatadore als eine wirkliche Last. Im Uebrigen machten die ehrsamten Burghers, wo sie irgend konnten, in Minenspekulationen mit, und viele von ihnen sollen dabei mit Bauernlist sogar die smarten Engländer über den Dösel barbirt haben. Was aber die guten Leuten nicht einsehen konnten, war, daß der rapid sich entwickelnde Kapitalismus eine ganz andere Politik erforderte, die Gründung eines Staatswesens, das mit allen Mitteln eben diesen Kapitalismus fördert, ihn auf allen Gebieten zur vollen Entfaltung bringt. Hätten die Buren solche Politik treiben wollen und können, so wären die Rhodes und Konsorten, die Grubenunternehmer und die Kapitalisten in der Kapkolonie, ihre Verbündeten geworden, die Losreißung der englischen Kolonie vom Mutterlande, die Begründung eines kapitalistischen Staates der „Vereinigten Staaten von Südafrika“ wäre die Folge gewesen. Weil sie aber eben Buren waren, Bauernpolitik treiben wollten und mußten, kam es anders. Man hat gesehen, daß trotz aller Stammesverwandtschaft, trotz aller schönen Gefühle, schließlich die holländische Bevölkerung des Kap die Buren im Stiche ließ und alle Kriegszüge in das Kap-Gebiet hinein nicht den Erfolg hatten, diese Bevölkerung für die Unabhängigkeitsfrage zu gewinnen. Es waren eben die Interessengegenätze zu schärf.

Die „Bauernpolitik“ hat zum Verlust der politischen Unabhängigkeit geführt, die Engländer sind Sieger geblieben und mit ihnen liegt der Kapitalismus.

Wie aber wird sich dieser Kapitalismus in dem neu-eroberten Gebiete bethätigen? Vor Allem wird natürlich

die Minenindustrie mit allen erdenklichen Mitteln gefördert werden. Freilich ist die Rede davon, daß die Gruben zu hohen Steuern herangezogen werden sollen, und die Unternehmer-Klique setzt heute schon alle Hebel in Bewegung, um das abzuwenden. Andererseits aber werden alsbald gewaltige Eisenbahnbauten unternommen werden — zu Gunsten der Unternehmer, das Berggesetz, das in Transvaal die Interessen der häuerlichen Grundbesitzer berücksichtigt, wird zu Gunsten der kapitalistischen Unternehmer geändert werden, das englische Handelsrecht mit seiner Bevorzugung der großkapitalistischen Interessen wird eingeführt werden usw. Aber wohl auch auf dem Gebiete der landwirtschaftlichen Zustände werden bald tiefgehende Aenderungen eintreten. Gouverneur Milner, das gefügige Werkzeug der Börsenjobber und Gründer hat bereits Untersuchungen von Sachverständigen anstellen lassen, was zu thun sei, um das flache Land dem Kapitalismus zu erschließen. Diese Sachverständigen — und es sind unter ihnen Kapazitäten von gutem Ruf, wie W. Willcocks — haben nun großartige Projekte entworfen: Ein großer Theil des Transvaalgebietes, der bisher sich wenig zum Ackerbau eignete, soll durch gewaltige Bewässerungsarbeit dem Landbau gewonnen werden; ein ganzes Netz von Bahnen soll angelegt werden. Man kann sich also darauf gefaßt machen, daß — soweit irgend die natürlichen Bedingungen es zulassen — die landwirtschaftlichen Verhältnisse in nächster Zeit revolutionirt werden. Die Buren sind durch den Krieg ruiniert, ihre Besitzungen werden mit Leichtigkeit von kapitalkräftigen Gesellschaften aufgekauft werden, sie selbst werden zu Pächtern und Verwaltern werden, eine Farmenwirtschaft nach amerikanischem Muster etwa wird sich entwickeln.

Auf diese Weise wird also auch der Industrie ein gewaltiges Absatzfeld entstehen; die Bahnen, die Bewässerungsarbeiten, der Aufschwung der Gruben, alles das erfordert Maschinen und hundertlei Industriewaren. Vor Allem aber wird natürlich die Gründerei ihre Schwundelblüthen treiben, treibt sie schon jetzt. Kaum ist der Friede geschlossen, kommt der „Kaffernmarkt“ in fieberhafte Bewegung, die Kurse der Goldminen sind in den wenigsten Tagen ins Fabelhafte gestiegen, im Handumdrehen sind neue Aktiengesellschaften entstanden und bieten ihre Papiere aus. Der brave Publikum wird dabei natürlich furchtbar gerupft werden, aber sicher ist auch, daß gewaltige Kapitalmassen flüchtig gemacht werden, um in Südafrika angelegt zu werden.

Die Schwierigkeit ist die Beschaffung der Arbeitskräfte. Und in dieser Beziehung wird wohl noch manche interessante Erscheinung zu Tage treten. Ein Theil der durch den Krieg verarmten Bevölkerung wird zu Proletariern, von den englischen Soldnern, die nach Afrika verschifft wurden, wird ein großer Theil dort bleiben und wieder zu ehrlicher Arbeit greifen. Aber das sind verhältnismäßig geringe Menschenmassen. Dazu kommt, daß für viele Arbeiter der Europäer in Südafrika überhaupt nicht verwendbar ist. In den Gruben wird nur die hochqualifizierte Arbeit von Weißen verrichtet; das Gros der Arbeit liefern die Neger. Mit der Negerarbeit ist das aber ein eigen Ding: Der Neger hat geringe Bedürfnisse, die leicht befriedigt sind, und hat immer die Möglichkeit, im Kraal seines Stammes ohne Lohnarbeit zu existieren. Er geht für ein oder zwei Jahre in die Grube, um sich einiges Geld zu verdienen, wofür er Kühe und Weiber kaufen kann. Dann ist er der würdige Familienvater, der sich auf die faule Haut legt, seine Weiber arbeiten läßt und später seine Töchter verkauft. Auf diese Weise gelingt es den braven Kapitalisten nicht, genügend Neger zu Lohnsklaven zu machen, und sie fliegen zum Steinerweichen über die hohen Löhne, die sie zahlen müssen: ganze 300 Mark bekommt so ein Neger im Jahre. Dieses Problem wollte der ehrenwerte Rhodes auf einfache Weise lösen: durch Import chinesischer Kulis, die billiger sind als die Neger, das ganze Jahr arbeiten und höchstens 10 Tage im Jahre feiern. Für diesen Plan begeistert sich die kapitalistische Presse: „Wie viele uneinträgliche Unternehmungen könnten

unter diesen Umständen Ausschüttungen vornehmen!“ auf z. B. die „Deutsch-englische Finanz-Chronik“. Daß der Kullimport verzweifelt an Slaverie, an Menschenhandel erinnert, das kümmert natürlich die edlen Seelen nicht. Wie sich die englische Regierung zu diesen Plänen stellt, wird sich bald zeigen.

Selbstfalls darf man sich darauf gefaßt machen, daß der südafrikanische Kapitalismus herrliche Blüten treiben wird.

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. In Brandenburg a. S. haben infolge des Maurerstreiks zahlreiche Entlassungen von Zimmerern stattgefunden. Der Maurerstreik dauert fort. Zugung von Maurern und Zimmerern ist fernzuhalten. — Die Maurer in Halle a. S. haben bis jetzt ihre Forderungen von 24 Unternehmern bewilligt erhalten. Viele Unternehmer haben sich noch nicht zu den Forderungen erklärt oder verhalten sich ablehnend. 112 Maurer befinden sich im Streik, 110 sind abgereist. — Die Maler in Cannstadt haben am vergangenen Sonnabend den Streik als beendet erklärt. Erreicht wurde eine Erhöhung des Stundenlohnes von 35 auf 40 Pf., für Gehilfen unter 20 Jahre von 30 auf 36 Pf. Die Arbeitszeit ist von 10 auf 9 1/2 Stunden herabgesetzt. Ferner sind Zuschläge für Ueberzeit- und Landarbeit bewilligt. — Die Sägemühlener Arbeiter im Böhlerthal haben ihren Streik beendet. Wie mitgetheilt wird, haben die Unternehmer zwar die Verkürzung der Arbeitszeit, aber nicht die geforderte Lohnerhöhung bewilligt. — In Biehl (Schweiz), wo zur Zeit die Bauarbeiter streiken, soll es, Nachrichten zufolge, zu Ausbreitungen der Streikenden gekommen sein, wobei das Militär eingriff. — Der Streik der Bergwerks-Arbeiterinnen in Mährisch-Ostau ist mit Rücksicht auf die ungünstigen Arbeitsverhältnisse beigelegt. — Die Tischlergehilfen Agrams haben ohne Arbeitseinstellung den Neuneinhalbstundentag durchgeführt. — Die Lohnbewegung der schwedischen Bäcker ist nun auch in Stockholm, Geste und Norrköping zu Gunsten der Arbeiter beendet worden. Die Wochenlöhne sind um 1 bis 2 Kronen erhöht. Die Arbeitszeit beträgt hier wie früher 11 Stunden täglich. Das Uebereinkommen gilt auf drei Jahre. Der Streik in Göteborg, über dessen Abschluß bereits berichtet wurde, hat dem Bäderverbande ca. 25000 Kronen gekostet. — Zum Ausstand der französischen Tabakarbeiter berichtet das „W. T.-B.“ aus Paris, 9. Juni: In Folge einer Unterredung, die der Finanzminister mit den Abgeordneten der Arbeiter der staatlichen Tabakmanufakturen heute hatte, werden die Arbeiter am Mittwoch die Arbeit wieder aufnehmen. — Die Tischler und Bagenbauer von Carara (Italien) haben nach langen Unterhandlungen mit den Unternehmern eine geringe Lohnerhöhung und die Herabsetzung der Arbeitszeit auf 8 1/2 Stunden sowie die Anerkennung ihrer Organisation erreicht.

Wegen Anwesenheit einer Frau wurde in Halle die Sitzung des dortigen Gewerkschaftskartells aufgelöst. Die Frau war so „abgeschieden“ von den Männern, daß sie diesen nicht einmal sichtbar war. Die Anwesenheit des preussischen Polizeiministers scheint nicht bis nach Halle zu reichen.

1 Jahr 11 Monate 3 Wochen und 3 Tage Gefängnis und 1425 Mark Geldstrafe regneten im schönen Monat Mai auf unsere Genossen herab.

Ein Unternehmer wegen der Maifeier gemäßigter. Der Verband der Holzindustriellen Leipzigs hatte beschlossen, daß alle Arbeiter, die den 1. Mai feiern, 14 Tage lang ausgesperrt werden sollen. Eine dem Verbands angehörende Firma hat diesem Beschluß entgegen gehandelt und die maifeiernden Arbeiter nicht ausgesperrt. Dafür ist

man soll nie für etwas danken, was man sich ehrlich verdient.“

Reinhardt Ritter verstand die versteckte Großmuth, die in dem „pränumerando Auszahlen“ lag — das Füllhorn des Glückes schien sich für ihn auf einmal zu öffnen.

Viertes Kapitel.

Der Tanz beginnt.

Die Presse macht die Stimmung im Volke. Was wären die Koloff'schen Projekte ohne die Presse gewesen? Eine Tageszeitung, die den Namen Koloff nicht erwähnt hätte, konnte man sich überhaupt nicht mehr denken. Da hieß es: „Gestern sah man Graf Kraft Arm in Arm mit Herrn von Koloff auf der Promenade und sich angelegentlich unterhalten. Wie wir aus ganz sicherer Quelle vernehmen, soll das Projekt Koloff's, auf dem Terrain bei Glöckstadt eine Industriestadt zu gründen, das Hauptthema des Gesprächs gebildet haben. Graf Kraft soll sich sofort bereit erklärt haben, aus Staatsmitteln das Projekt soviel als möglich zu unterstützen. . . . Herr von Koloff hat gestern das Festigungshaus für alle hilfsbedürftige Frauen in der Rosenthalerstraße eröffnen lassen. Am ersten Tag wurden über fünfhundert Portionen ausgegeben. Das Essen ist schmackhaft und gut und der Preis — 10 Pf. die Portion — so geringer, daß das Ansehen als eines der gegenwärtigen der Neuzeit anzusehen ist. . . . Wie wir von ganz glaubwürdiger Seite vernehmen, wird die große Koloff'sche Volksbank, die den Zweck haben soll, das Kapital der kleinen Leute gegen möglichst hohe Zinsen sicher zu stellen, morgen eröffnet werden. . . . Die Vorarbeiten zu dem Bau des großen, von Koloff projektirten Kaufmannsbaus, in dem nur besonders befähigte Leute aus den mittelsten Klassen, die sich zum Künstler ausbilden wollen, Aufnahme finden sollen, haben bereits gestern ihren Anfang genommen.

Sonderbare Schwärmer.

Roman von Max Freyer.

(11. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Diese Blätter enthielten genug, um Koloff einen Blick in das Innerste des Bewerbers werfen zu lassen. Nur durch einen Zufall konnten diese Blätter, die an der einen Seite noch zusammenhefteten, in das Couvert gerathen sein. Und er hatte sich auch nicht getäuscht.

Als gestern Ritter zum ersten Male vor ihm stand und die Blätter in Koloff's Händen erblickte, war er ganz verwundert, dieselben hier zu sehen und hat sofort, nicht etwa zu glauben, daß er mit Absicht seine geheimsten Gedanken so preisgegeben hätte. Er hätte die Blätter bereits vernichtet und er könne nur annehmen, daß er sie mit dem Brief ergriffen und mit demselben zusammen in das Couvert gesteckt habe. Er hat sie sich wieder aus, und Koloff gab sie ihm lächelnd zurück und sagte, daß er ihm auf's Wort glaube.

Hier konnte er Gutes stiften und er wollte Ritter heute einen gewissen Vorschlag machen, von dem er glaubte, daß er ihn nicht von der Hand weisen würde.

Als er jetzt so vor ihm stand, ruhte sein Auge einen Moment fest auf dem Gesichte des jungen Mannes, dann sagte er:

„Ich habe mir die Sache noch einmal überlegt, Herr Ritter, für einen Kopisten dürften Sie wohl keine passende Handschrift haben.“ — er wollte nicht gerade sagen, daß er zu schade dazu sei, denn das mußte ihn an seinen Beruf als Schriftsteller erinnern und eine neue Demüthigung für ihn sein; als er aber sah, wie Ritter auf einmal die Farbe wechselte, fügte er schnell hinzu:

„Aber erschrecken Sie nur nicht — ich möchte Sie gern zu einem andern Zweck engagiren.“

Und in jener lebenswürdigen und doch bestimmten

Weise, die keinen Widerspruch und keine Ablehnung zuläßt, stellte er die Frage:

„Würden Sie wohl für ein monatliches Fixum von 90 Mark bereit sein, mir für ein paar Stunden des Tages — nehmen wir an von 9—12 Uhr — einige kleine Arbeiten erledigen zu helfen; ich habe zwar schon einen Privatsekretär, aber ich möchte Jemanden um mich wissen, dem ich mein ganzes Vertrauen schenken darf.“ Lassen Sie nur —“ Er machte eine abwehrende Bewegung, als Ritter etwas einwerfen wollte. Dann fuhr er fort:

„Es ist das gerade nicht viel, was ich Ihnen biete, aber ich möchte Sie nicht gleich von vornherein verwöhnen.“ — er lächelte gutmüthig — „wer weiß, ob Sie dann noch dieselbe reine Schaffenslust haben, wie jetzt. Ich kenne die Welt und die Menschen. Nicht Jeder kann sich beherrschen, und der lange vom Genuß Entwöhnte vergiftet sich am ehesten. Sie haben dann noch Zeit genug, zu schriftstellern, und ich selbst werde Sie bitten, mich hin und wieder etwas von Ihren Arbeiten lesen zu lassen. Aber nur die ersten vier Wochen nicht. Ich habe den Kopf so voll mit Projekten, daß jede Minute für mich gezählt ist. — Nun, wie ist's, nehmen Sie mein Anerbieten an?“

Reinhardt Ritter wußte im ersten Augenblick nicht, wie ihm geschah; eins nur erfüllte ihn mit selbiger Gewißheit: daß er nun endlich das längstsehnte Ziel erreicht haben sollte, der Sorge um's tägliche Brod enthoben zu sein. Ein paar Minuten später sah er bereits in einem kleinen Nebentabine, emsig seiner neuen Beschäftigung obliegend, die vorläufig darin bestand, einige Briefe zu beantworten, welche von Koloff mit Bemerkungen versehen waren.

Als die Korrespondenzen erledigt waren und er nach Hause gehen wollte, trat Koloff noch einmal zu ihm heran, handigte ihm einige Banknoten ein und sagte:

„Es ist üblich bei mir, daß ich die Gehälter pränumerando zahle, hier — bitte — Danken Sie nicht

ne nun selber gemahregelt, nämlich aus dem Verbanne ausgehoben worden. — So terrorisieren die Unternehmerr ihre Kollegen.

Die Stadtverordnetenwahlen in Erfurt brachten die sozialdemokratische Liste, mit einer Ausnahme, in die Stichwahl. Die Wahlbeteiligung war im Allgemeinen sehr hoch, nur 27,7 Prozent der Wähler übten ihr Wahlrecht aus. Bemerkenswert an diesem Wahlkampf ist die vollständige Niederlage des Reichstagsabgeordneten Jakob Köster. Von vier Wahlgängen war er in dreien aufgestellt und erreichte insgesamt, d. h. in allen drei Wahlgängen, 537 Stimmen, während auf die sozialdemokratische Liste 828 bis 863 Stimmen entfielen.

Eine Konfiskation des kommunistischen Manifestes ist in Görz (Oesterreich-Ungarn) durch die Staatsanwaltschaft vorgenommen worden. Unsere nun bald 55-jährige Parteischrift wird sich zu trösten wissen.

Kaplan Dasbach, der Besitzer zahlreicher Zentrumsblätter, hat, wie die „N. N.“ mitteilt, seinen Rücktritt von dem zwischen dem Buchdruckereibesitzern und den Gehilfen vereinbarten Tarif angekündigt. Er behauptete in einem an den Verein rheinisch-westfälischer Buchdruckereibesitzer gerichteten Brief, daß seiner Zeit für Erier die Festsetzung des Vorkaufschlages zu den Gehilfenlöhnen in der Höhe von 5 Prozent statutenwidrig erfolgt sei. Auf der Kreisamtsitzung der Arbeitgeber und Gehilfen am 30. April kennzeichnete Buchdruckereibesitzer Otto aus Krefeld an der Hand des vorliegenden Materials diese Behauptung des Herrn Dasbach als unrichtig. Der rheinisch-westfälische Tarif wies für Erier zweieinhalb Prozent auf; dieser Satz wurde auf fünf Prozent erhöht und es stimmig als angemessen erachtet. Daraufhin schloß sich die Versammlung auch den Ausführungen des Herrn Otto voll an. Herrn Dasbach ist entsprechende Mittheilung gemacht worden; aber der christliche Sozialpolitiker beharrt auf seiner Ablehnung, aus dem einzigen Grunde, weil er die Erhöhung des Vorkaufschlages für Erier, der nur zweieinhalb Prozent beträgt, nicht anerkennen will. Diese Handlungsweise wird drastisch charakterisiert dadurch, daß auch sämtliche sechs Prinzipalvertreter, die der Kreisamts-Sitzung beiwohnten, Herrn Dasbach Unrecht gaben. — Und dieser Mann gilt im Zentrum als Sozialpolitiker, er ist sogar in dem industriellen Wahlkreise Aachen-Land von katholischen Arbeitern in den Reichstag gewählt worden. Herr Dasbach steht mit seinem arbeitfeindlichen Verhalten unter den Verlegern der Zentrumsblätter nicht allein da. Beispielsweise hat der Zentrumsabgeordnete Kieß in Rülheim a. Rh. seiner Zeit seine Schriftsteller auf die Straße geworfen, als sie eine geringe Erhöhung ihres tief unter dem Buchdruckerarif stehenden Lohnes beantragten.

Ueber die Arbeiterfrage in Spanien schreibt man der „Frankf. Ztg.“ aus Madrid unter dem 5. Juni: Die Arbeiterfrage ruht sich in Spanien wiederum bedenklich zu. Vor einigen Tagen kam es in Badajoz, einer Stadt an der westlichen Grenze, zu blutigen Zusammenstößen zwischen streikenden Feldarbeitern, die die Anstellung portugiesischer Arbeitskräfte gewaltig zu verhindern wollten, und der Gendarmerie, die sich veranlaßt sah, von ihren Feuerwaffen Gebrauch zu machen und viele Leute mehr oder weniger schwer zu verwunden. Es erfolgten 130 Verhaftungen und, wie dies bei solchen Anlässen hier üblich ist, es wurde der Verhaftungsstand über die ganze Provinz verhängt. Bisher ist es dort nicht zu neuen Aufregungen gekommen, aber in verschiedenen Ortschaften wie Olivenza, Santa Marta, Torre de Miguel u. A. sind die Gemüther nicht weniger erregt, als in der Provinzhauptstadt selbst. Die Weizenernte soll jetzt vorgenommen werden, nach die Schnitter verlangen, anstatt im Afford, im Tagelohn zu arbeiten, da sie von den Unternehmern grausam ausbeutet würden, was thatsächlich der Fall ist. Uneheliche Zustände herrschen auch in Andalusien, wo die Arbeiter eine 14 stündige Tagesarbeit bewältigen müssen, um 40 bis 60 Pfenninge zu verdienen, bei äußerst lärglicher Kost, während die Latifundienbesitzer, in deren Händen alles ertragsfähige Land sich befindet, ein Wohlergehen aus dem Boden beziehen. Solche Verhältnisse haben schon vielfach zu heftigen Protesten und Erschütterungen geführt. Zur Zeit herrscht, wie amlich zugegeben wird, in ganz Andalusien eine hochgradige Er-

regung, die sich in Bälde in der unerquicklichsten Weise Luft machen dürfte. Die Musik, die die an ihren Ketten rüttelnden Feldklauen machen, hat die Regierung unliebsam aus der trügen Ruhe aufgeschreckt, der sie sich bis zum Herbst hinzugeben gedachte. Der gestern Abend abgehaltene Ministerrat beschäftigte sich mit der Arbeiterbewegung. Wie es in der offiziellen Note heißt, glaubte der Minister des Innern auf Grund der ihm von den Zivilgouverneuren zugesandten Informationen hervorheben zu müssen, daß heuer die Haltung der andalusischen Feldarbeiter viel bedrohlicher sei als in früheren Jahren. Die anarchistischen Lehren fänden unter diesen Leuten eine immer weitere Verbreitung und die Möglichkeit blutiger Ausschreitungen liege nahe. Was will nun die Regierung thun, um dem Unheil vorzubeugen? Sie gebietet, das spanische Alheilmittel, die Verhängung des Kriegszustandes, beim ersten Anlaß anzuwenden und dann hat sie, wie dies hierlands immer geschieht, wenn man der Lösung eines schwierigen Problems aus dem Wege gehen will, einen (aus drei Ministern bestehenden) Ausschuss ernannt, der die Frage studiren soll. Im Herbst sollen dann Arbeitergesetze den Cortes vorgelegt werden! Dieses ewige Aufschieben aller Lösungen dürfte sich bald bitter rächen.

Aus Nah und Fern.

Eine unheimliche Fahrt machte, nach Berichten von Augenzeugen, ein Ballon des Luftschiffer-Vatillon, der am vorigen Sonnabend, Nachmittags 3 Uhr, von Tegel abgefahren war und gegen 6 1/2 Uhr, nach kurzer Schlepptour, in der Nähe von Falkenberg unter erschwerenden Umständen im Walde zwischen Nieder-Tinow und Diepe landete. Leute aus den genannten drei Ortschaften haben deutlich gesehen, wie der Ballon erst durch Nebel ging und dann plötzlich durch eine darüberliegende Gewitterwolke, in der es blitzte und donnerte, emporgelassen wurde. Sie hatten den Eindruck, daß der Ballon verloren sei. Zum Glück kam es anders; aber die beiden Insassen, Oberleutnant Hübnerbrandt und Professor Diethe-Charlottenburg, bestätigten nach glücklicher Landung, daß sie ungewöhnlich anregende Minuten durchgemacht hätten. In dem von den Augenzeugen am Erdboden beobachteten Moment hätten sie 500 Meter hochgehen können, wurden aber mit großer Geschwindigkeit weit über zweitausend Meter hochgerissen, worauf eben so schnell ein Sturz um wenigstens tausend Meter folgte, darauf wieder blitzschnelles Steigen bis etwa 2000 Meter und eine sechs- bis achtmalige Wiederholung dieses jähen Sturzes und Emporgeriensverdens in den vorbezeichneten Grenzen. Die Situation war für die Luftschiffer um so entsetzlicher, als sie die Ballonhülle oft neben sich, die Schlepptau über sich sahen und der Korb zu wiederholten Malen stark kippte. Die Bewegungen waren schlimmer, als im Wasserballon bei starkem Winde. Blitze sahen die Luftschiffer nicht, dagegen hörten sie fortwährend Donnern, und wurden von Regen, Schnee und Hagel überschüttet. Die Hände waren ihnen infolge Kälte und Hagelschlag so klamm und schmerzhaft, daß sie nichts mehr festhalten konnten. Nach einer schrecklichen halben Stunde — nach Zeugniß des Barographen, an die Uhr dachte man in dieser Lage nicht — stürzte der Ballon, weil das Gas bis zur Hälfte herausgedrückt war, aus 2200 Meter bis auf die Erde herab. Das wäre der sichere Tod der Luftschiffer gewesen, wenn der Ballon nicht auf dichten Buchenwald gefallen wäre. Einer der Herren kletterte am Tau herab und holte Leute aus dem benachbarten Diepe herbei. Um 9 1/2 Uhr war der Ballon geborgen. Die Luftschiffer aber werden diese Schreckensfahrt zeitlebens im Gedächtniß behalten.

Der Gemeinderath von Gera beschloß, Leichenzüge innerhalb des Stadtgebietes nicht mehr zuzulassen. Sie dürfen nur von der Leichenhalle oder von der Friedhofskapelle aus beginnen. Bei Ueberführung einer Leiche nach einem Friedhof oder nach einem Bahnhofs dürfen, außer der Bedienungsmannschaft, nur vier Personen zu Fuß oder in einem geschlossenen Wagen folgen. Das Nachfahren weiterer Wagen mit Kränzen ist verboten.

Der zerstückelte Ehemann. Aus Italien wird der „Volksztg.“ geschrieben: Hat Verona sein in Stücke zerstücktens Mädchen,

dessen Prozeß im kommenden Sommer wieder aufgenommen werden soll, so hat das nahe Vincenza, die Wirkungsstätte des berühmten Palladio und Wallfahrtsort aller Architekten, den in Stücke gehauenen Ehemann aufzuweisen. Dieses schreckliche Verbrechen stammt aus den tiefsten Abgründen menschlicher Verirrung. Die im Kloster erzogene Angela Celli faßte eine widernatürliche Leidenschaft für die Freundin M. Battaglin. Die liebessollen Weiber verlobten sich regelrecht durch Ringwechsel und Kuß vor dem Muttergottesaltar und zogen als Trauzeugen zwei junge Burschen (ihre Neffen) bei. Die Battaglin erhielt die Rechte des Gatten und machte ihrer Geliebten so lange Eifersuchtszenen, bis diese ihren wirklichen Ehemann Victor Paris, einen stillen, gutmüthigen und fleißigen Arbeiter, veranlaßte, sich in Süddeutschland nach einer lohnenden Beschäftigung umzusehen. Raum hatte Paris, seine Heimath verlassen, so machten die beiden Weiber in seinem Hause gemeinsamen Haushalt. Als Paris nach fünf Monaten mit hübschen Ersparnissen heimkehrte, beschloßen die Celli und Battaglin seine Ermordung. Spät am Abend setzte Angela ihrem Gatten einen „sicilianischen Liebestrank“ vor, den sie aber anstatt des üblichen Marfala mit reinem Spiritus angemacht hatte, so daß jener sofort in tiefen Schlaf versank. Darauf wurde dem Verurtheilten von seiner Frau eine Schlinge über den Kopf gestreift, welche die vor der Kammerthür postirten Neffen (die famosen Trauzeugen) zuzogen; so erwürgten sie den Schlafenden. In derselben Nacht wurde der Todte in Stücke gehauen und diese in mehr als zehn Gängen mittels eines Handkofferchens zu einem zwei Kilometer entfernten Wassergraben getragen und dort verjett. Am andern Morgen verbreitete die Celli die Nachricht von der neuen Abreise ihres Ehemanns, der in der Schweiz eine gute Stellung gefunden habe, und zog diesmal ihrerseits in die Wohnung der Battaglin. Erst nach Jahr und Tag kam das schändliche Verbrechen an den Tag. Ein seine Wiege wässernder Bauer fand ein Schienbein und sein Nachbar bald darauf einen vertrockneten Schenkel, und beide riefen auf den ersten Blick: „Diese Knochen gehörten dem Paris!“ Dieser besah nämlich die größten Säbelbeine von ganz Venezien, sie krümmten sich von den Knöcheln an derart stark nach auswärts, daß sie beinahe einen vollkommenen Kreisbogen bildeten. Die alsbald sammt ihrer ganzen Sippschaft verhaftete Angela Celli, eine blasse, zierliche Blondine, legte sofort ein Geständniß ab, behauptend, daß sie, im völligen Wahn der Battaglin, einem schwarzhaarigen, dunkeläugigen Mannweib von abstoßender Häßlichkeit gefunden habe. Dem Ermordeten werden hübsche, regelmäßige Gesichtszüge und friedfertiger Charakter nachgerühmt.

Interessante Thatsachen über den größten Viehmarkt der Welt. Chicago kann sich rühmen, den größten Viehmarkt der Welt zu besitzen. In diesem Markte ist Platz für 461 000 Thiere, einschließlich 75 000 Rinder, 300 000 Schweine, 80 000 Schafe und 6000 Pferde. Im Allgemeinen werden die Thiere jedoch schnell verkauft, so daß dieselben selten mehr als 3 oder 4 Tage auf dem Markte bleiben. Im vorigen Jahre wurden auf diesem Markte, wie uns das Patentbureau Ripp u. Büttner, Hamburg-Berlin*, mittheilt, nicht weniger als 16 Millionen Thiere verhandelt, von denen 293 000 durch die Bahn herbeigeschafft wurden. Das Jahr 1901 war übrigens ein „Rekordjahr“ nach jeder Richtung hin. Mehr als 4 Millionen Schafe wurden verhandelt, 8 Millionen Schweine und 3 Millionen Rinder. Bis zu 40 000 Thiere einer Art kommen oft an einem Tage an und sind die Marktbeamten oft darauf angewiesen, innerhalb 24 Stunden für hunderten verschiedene Thiere Unterkunft zu schaffen. Der Zutritt zu dem Markte geschieht durch 25 000 Thore, 200 Bogenlampen und 5000 elektrische Glühlampen dienen zur Beleuchtung. Für den gelegentlichen Besucher ist die Pferdeabtheilung dieses großen Marktes am meisten sehenswerth. Zwischen 100 000 und 120 000 Pferde werden hier jährlich verhandelt. Die Gesamtsumme der Verkäufe im vorigen Jahre erreichte über 1120 Millionen Mark.

* Das Bureau ertheilt Rath und Auskunft in allen Patentangelegenheiten kostenlos.

Der Was soll in einem Jahre fertig sein und dürfte allem Anschein nach eine Fiarde unserer Residenz werden. . . Herr von Koloff, der moderne Krösus, besaßte gestern die Hofausstellung und erwarb einige sehr werthvolle Bilder. Der Herr, der bei der jetzigen trostlosen Geschäftslage überhaupt selten etwas verkauft, kann ihm dafür nur höchst dankbar sein. Außerdem soll er einige noch wenig bekannte, aber sehr talentvolle Künstler mit größeren Aufträgen bedacht haben. Darunter befindet sich auch der Maler Ulrich Herz, dessen Bild „Die Raube“ wir gestern zu besprechen Gelegenheit gewonnen hatten und über den wir heute eine biographische Notiz bringen, die wir dem „Dollwert“ entnommen haben.

Und so ging das seit Wochen weiter in allen Stillen, Düstern und Wahrheit. Koloff hatte seinen ersten Bond erreicht: er war zum Mittelpunkt der modernen Gesellschaft geworden — seine Millionen. Sein Name war zum Glaubensbekenntniß geworden, er selber war das verführerische Evangelium der Neuzeit mit der Devise: Am Golde hängt, nach Golde drängt doch Alles!

Und inmitten all dieser aufregenden Thätigkeit der halb wahnwitzigen Jagd, Andern das Paradies auf Erden zu schaffen, war er von der großen Menge als fabelhafter Hahnenhahn betrachtet zu werden, um so desto sicherer sein Ziel zu erreichen — inmitten dieses Treibens beherrschte seine Schwärze fortwährend wie ein Raub und dieser Raub war sein. Er wurde den Göttern, den sie beim ersten Anblick auf ihn gewandt hatten, nicht mehr los; der Hof, den auch sie gegen den Minister empfanden — er hatte es aus einzelnen Anhaltspunkten heraus erkannt — verachtete ihn nicht und gab ihm im Reichthum das Recht, eine Ausschreitung zu machen. Und in dem Augenblick, da bei dem Gedachten an sie ein Jitters seinen Körper darstellte, kam auch jenseits der Gänge ihnen wieder bei ihm zum Vorschein: er wollte ihre Stellung im Hause seines Vaters nach seinem Willen ausbessern, aber sie doch nicht verlassen lassen. Er war ein Koloff, der wieder in seinen Reichthum und Macht

leben Abschied entlassen, mit dem er konfirt hatte. Er war vor einer Stunde erst vom Grafen Kraft zurückgekehrt, dem er unter dem Beifall des mächtigen Ministers den Plan der großen Etablissemens im Glückstadt genau detaillirt hatte. Das Terrain, das dem Staate gehörte, sollte unentgeltlich dazu hergegeben werden und der Staat auch die Verpflichtung übernehmen, für fortwährende Arbeit zu sorgen, wozu Koloff das Kapital zur Gründung herzugeben bereit war, das ihm vom Staate verzinst und sicher gestellt werden sollte.

Es war eins der großartigsten Projekte, das Niemandem angesehener war, als dem Minister. Die wirtschaftlichen Verhältnisse lagen schwer darnieder, die Hungernöthen zählten nach Tausenden und drohender als sonst erhob das Gespenst, das man Arbeiterfrage nennt, sein Haupt gegen die besitzenden Klassen. Die Angriffe gegen den Minister, dessen Politik für Alles verantwortlich gemacht wurde, vermehrten sich von Tag zu Tag und die Gegensätze spitzten sich immer mehr zu. Da kam Koloff mit seinem Projekt und Graf Kraft sah in der Verbindung mit ihm das beste Mittel, um wieder populär zu werden. Die Arbeiter sollten am Reingewinn partizipiren, dem Staate wurde die Verpflichtung auferlegt, für ihre Beschäftigung zu sorgen, das ganze Unternehmen stand also gewissermaßen unter seiner Leitung — das war der Anfang zur Lösung der sozialen Frage. Die Stimmung begann unruhig zu schlagen. Die Arbeiterfreunde riefen Hosiannah, das Gland, das nahe daran war auf seinem Lager der Auflösung entgegen zu gehen, erhob sich wieder und begann, bestrahlt durch die paradiesische Melodie der Zukunftsversprechen, einen bachantischen Tanz aufzuführen. Der Tag ist gekommen — der Staat wird selber zum Reformator! So jandigte man aus tausend und abertausend Reihen. Hoch lebe Graf Kraft, der große Volkstheoretiker! Die Ereignisse des Ministers, die Abreisen, wurden öffentlich angeklagt und ihre warnenden Prophezeiungen verspottet. Nur die Skeptiker vor Beruf trafen sich im Geheimen, legten den Finger weise an die Nase, brühen sich jedoch die Hand und sagten: „Das bricht ihm das Genie — passen Sie auf.“

Koloff gehörte selbst zu diesen Skeptikern und er wußte genau, daß dieses „Das bricht ihm das Genie“ seine Verurteilung hatte. Die Schlinge, die er dem Minister, seinem eigenen Vater, gelegt hatte, kostete ihm vielleicht Millionen, aber was waren diese Millionen gegen den Triumph, sein „Ich hab's gewagt“ bereinst vor aller Welt dem Allmächtigen ins Gesicht schleudern zu können, um ihn zu demüthigen, ebenso wie dieser seine Mutter gedemüthigt und betrogen hatte. Daß und Ehrgeiz stritten in ihm um die Oberhand.

Er dachte eben an den ersehnten Augenblick der Verurteilung, als Sam eintrat und ihm die Karte einer Dame überreichte, die ihn zu sprechen wünsche.

„Vora Hellmann“, las er und sprang erstaunt auf. Im nächsten Augenblick ertappte er sich auch schon selber bei dem Gedanken, daß sie ihm eigentlich nie willkommenere sein konnte, als gerade jetzt. Sein Herz begann zu schlagen und eine ihm sonst unbekanntes Beklemmung bemächtigte sich seiner. Kam sie von selbst, um ihm ihre Dienste oder doch Hilfe gegen Kraft anzubieten? Gleich wie dem auch sein mag! Er beschloß, diese günstige Gelegenheit zu benutzen.

„Sam — laß die Dame eintreten. Und dann gehst Du nicht von der Thür fort. Du verbleibst.“

„O, yes — Sam paßt auf. Massa Koloff wollen mit weiße Mädchen allein sein.“

„Sei nicht vorlaut, geh jetzt.“

Sam grüßte nochmals und verschwand dann, öffnete Vora die Thür und legte sich, einer alten Gewohnheit gemäß, im Vorzimmer auf den Teppich nieder.

Wer jetzt mit Gewalt zu Koloff hinein gehen wollte, der mußte seinen Weg über die Leiche des schwarzen Riesen nehmen. Vora war anfangs verlegen und blieb etwas genirt an der Thür stehen, bis Koloff ihr durch den großen Arbeitsraum entgegen ging, unter einer Verbeugung sie lächelnd begrüßte und zum Nähertreten einlud.

(Fortsetzung folgt.)